

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 34

vom 4. Dezember 2009

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Wirtschaftsbehörde erweitert Innovationsförderung	3
3.900 Unternehmen profitieren vom ESF	5
Hamburger Hafen soll schneller und flexibler werden	6
Hamburger Hafen senkt Preise	8

Haushalt und Finanzen

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 2010 -2013	11
--	----

Inneres

Gewalt gegen Polizeibeamte: Innensenator Christoph Ahlhaus kritisiert geplante Studie	33
Innensenator Christoph Ahlhaus: „Ein extremistischer Angriff auf unsere Demokratie	34
Innenministerkonferenz: Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Retter soll härter bestraft werden	35

Schule, Jugend und Berufsbildung

Deputation beschließt Schulentwicklungsplan	37
---	----

Wissenschaft und Forschung

Historischer Tag für die Forschungsk Kooperation in Europa	42
--	----

Soziales, Familie und Gesundheit

10.000 Euro für vorbildliche Integration	45
Klausurbeschlüsse: Mehr Geld für Kitas	49
Gut informiert gesünder leben	50
Aufruf weiterer Personengruppen zur Impfung gegen die Neue Grippe	51

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bau des Hamburger Bestattungsforums beginnt	53
---	----

Kultur

Geschäftsführer der Kreativagentur benannt55

Sport

Finale der UEFA Europa League 2010 in Hamburg.....57

Zur Information

Terminkalender59

30. November 2009/bwa30

Wirtschaftsbehörde erweitert Innovationsförderung

Bundesweit einmalige Unterstützung bei Patenten

Erstmals in Deutschland ermöglicht ein Programm zur Innovationsförderung auch die finanzielle Unterstützung von innovativen Unternehmen bei der Beschaffung und Nutzung von externen Patenten und anderen Schutzrechten.

Wenn ein Unternehmen eine Förderung aus dem Profi-Programm für ein innovatives Projekt erhält, können nun auch Patent- und Lizenzkosten angerechnet werden. Die neuen Möglichkeiten der Förderung stellt heute Abend Wirtschaftssenator Axel Gedaschko in der Handelskammer vor.

Wirtschaftssenator Gedaschko: „Die Erweiterung unseres Profi-Programms erleichtert den Unternehmen den Zugang zu externen Forschungsergebnissen und fördert damit die Innovationsfähigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus bewirkt das neue Instrument eine Verbesserung des Technologietransfers in Hamburg.“

Über die finanzielle Unterstützung hinaus steht den Unternehmen die Handelskammer Hamburg mit ihrer Erfahrung und Kompetenz zur Seite. Ganz konkret können sie außerdem auf das von der Handelskammer betriebene Innovations- und Patent-Centrum (IPC) als Datenbasis und Fundus von nationalen und internationalen Schutzrechten zugreifen.

Präses der Handelskammer, Frank Horch zu dieser bundesweit einmaligen Förderungsmöglichkeit: „Hamburger Unternehmen sollen leichter fremde Patente für ihre Forschungs- und Entwicklungsprojekte nutzen können. Durch den Kauf oder die Einlizenzierung externen Know-hows sollen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen beschleunigt und letztendlich Arbeitsplätze in Hamburg gesichert werden und neue entstehen.“

Unterstützung und Beratung bei der Antragstellung und Projektdurchführung bietet weiterhin die Innovationsstiftung Hamburg als Projektträger des Profi-Programms.

Mit dem **Profi – Programm für Innovation** fördert die Wirtschaftsbehörde innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Hamburger Unternehmen. Die Behörde stellt für das Programm für Innovation mehr als 2 Millionen Euro im Jahr 2010 zur Verfügung. Projektträger für das Profi - Programm für Innovation ist die Innovationsstiftung Hamburg.

Die Innovationsstiftung Hamburg wurde 1996 als unabhängige öffentlich-rechtliche Stiftung gegründet und von der Freien und Hansestadt Hamburg mit einem Stiftungskapital ausgestattet. Sie ist Projektträger mehrerer Förderprogramme der Behörde für Wirtschaft und Arbeit sowie der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit,

Jana Tiemann

Tel.: (040) 42841- 2239; Fax: 4279 41 055

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Weitere Informationen: www.hamburg.de/bwa

1. Dezember 2009/bwa01

3.900 Unternehmen profitieren vom ESF

Wirtschaftssenator Gedaschko: „Mit Hilfe der Europäischen Union die Krise meistern“

Seit 2008 sind 73,7 Millionen Euro ganz gezielt in Projekte geflossen, von denen bereits mehr als 3.900 Unternehmen profitiert haben. Beispiele sind die Firmenhilfe, die Unternehmen dabei unterstützt, Krisen zu bewältigen oder die InnovationsAgentur, die Handwerksbetriebe wieder wettbewerbsfähig macht. In der gesamten Förderperiode von 2007 bis 2013 stellt der Europäische Sozialfonds der Hansestadt insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Betrag wird von der Hansestadt um etwa den gleichen Betrag auf rund 180 Millionen Euro aufgestockt.

„Europa hilft uns Hamburgern, den kleinen und mittleren Unternehmen, ganz konkret über den Europäischen Sozialfonds ESF, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu meistern. Nutzen Sie die Hilfe der EU, es lohnt sich“, sagte **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko** bei der Veranstaltung „ESF im Dialog“, die vor rund 300 Unternehmern in der Bucerius Law School stattfand.

Bei der anschließenden Talkrunde diskutierte der Wirtschaftssenator mit Prof. Dr. Michael Bräuninger, Leiter Kompetenzbereich Wirtschaftliche Trends beim Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut, Dr. Jan Evers, Geschäftsführer bei der Evers & Jung GmbH, Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg und Dr. Günther Klemm, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei der Handelskammer Hamburg über das Thema „Hamburg im Aufwind – Unternehmen profitieren von Europa“.

Weitere Informationen über den Europäischen Sozialfonds unter: www.esf-hamburg.de

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit, ESF-Öffentlichkeitsarbeit
Claudia Hillebrand, Tel: 040 - 42841-4080
Nora Obenaus, Tel: 040 - 42841-2866
E-Mail: esf-pr@bwa.hamburg.de

03. Dezember 2009/bwa03

Hamburger Hafen soll schneller und flexibler werden

Nach einem langjährigen Diskussionsprozess und intensiven Gesprächen mit den betroffenen Wirtschaftsbeteiligten schlagen die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Handelskammer Hamburg vor, unter bestimmten Bedingungen die Hamburger Freizone zum 1. Januar 2013 in vollem Umfang aufzulösen. Durch den Wegfall der Zollgrenzen im Hafen und durch die zollrechtlichen Möglichkeiten, die sich durch bevorstehende Änderungen des Zollrechts, insbesondere mit dem Inkrafttreten des Modernisierten Zollkodex der Europäischen Union ergeben, sollen die Abläufe im Hafen schneller und flexibler werden. Die Zollgrenzen innerhalb des Hafens werden zugunsten einer betriebsnahen Abfertigung aufgehoben werden. Der Name Freihafen als Quartiersbezeichnung soll beibehalten werden.

Wirtschaftssenator Gedaschko: „Ich freue mich, dass der lange Diskussionsprozess zur Zukunft der Freizone nun zu einem guten Abschluss gefunden hat. Die zur Lösungsfindung eingesetzte Zeit und das große Engagement der Beteiligten aller Seiten, insbesondere der Handelskammer, hat sich gelohnt. Von den durch Hamburg aufgestellten Rahmenbedingungen werden der Hafen, aber auch die beteiligten Unternehmen profitieren.“

Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Prof. Dr. Schmidt-Trenz: „Ich freue mich, dass ein sehr guter Kompromiss gefunden werden konnte. Der Hafen wird ab 2013 durch Wegfall der Zollgrenzen schneller und durch einen neu aufgestellten, kundenorientierten Zoll flexibler. Davon werden alle am Hafengeschehen Beteiligten profitieren. Das war und bleibt die Voraussetzung für diesen Kompromiss.“

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Handelskammer sind der Auffassung, dass folgende Rahmenbedingungen hergestellt sein müssen, um den Hamburger Hafen als schnelles und flexibles Dienstleistungszentrum für den Welthandel weiter auszubauen und den Interessen derjenigen Unternehmen gerecht zu werden, die sich unter Koordination der Initiative ProFreihafen bislang für eine Beibehaltung der Freizone ausgesprochen haben:

- die Durchführungsbestimmungen zum Modernisierten Zollkodex, die nach den Plänen der EU-Kommission im Jahr 2013 gemeinsam mit dem Modernisierten Zollkodex in Kraft treten sollen, müssen zeitlich erheblich vor dem 01.01.2013 verabschiedet worden sein,

damit den von der Auflösung der Freizone betroffenen Firmen ausreichend Zeit bleibt, sich auf Basis einer bekannten Rechtslage auf den Systemwechsel vorzubereiten;

- mit der Bundeszollverwaltung ist Einvernehmen darüber herzustellen, dass bei der Erhebung von Sicherheitsleistungen für Einfuhrabgaben im Zusammenhang mit der Lagerung von Nichtgemeinschaftswaren der ihr zustehende Ermessensspielraum so weit wie möglich zugunsten der Unternehmen ausgeschöpft wird, um mit anderen Mitgliedstaaten der EU vergleichbare Lösungen zu erreichen;
- die Zollverwaltung ist aufgefordert, ein Gesamtkonzept für den Logistikstandort Hamburg nach dem Prinzip „Zoll zum Kunden“ vorzulegen, aus dem hervorgeht, an welchen Standorten sie im Hamburger Hafen welche Abfertigungsleistungen anbieten will. Die vom Zoll beabsichtigte und angekündigte Konzentration auf letztendlich zwei Abfertigungsstellen (Waltershof und Windhuk kai) wird insbesondere im Interesse der betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen als nicht ausreichend angesehen. Die Zöllner, die bislang mit der Freizonengrenzaufsicht betraut waren, sollen künftig in der Zollabfertigung eingesetzt werden (zum Beispiel für mobile Zollabfertigungen bei den Firmen);
- die Behörde für Wirtschaft und Arbeit wird, soweit Europäische Beihilfenvorschriften dies zulassen, kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen eines Förderprogramms bei der Umstellung unterstützen;
- die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Handelskammer werden gemeinsam mit der Zollverwaltung Schulungsprogramme entwickeln, um den Firmen bei der Umstellung ihrer Zollverfahren praxisnah zu helfen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-2239

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

4. Dezember 2009/bwa04

Hamburger Hafen senkt Preise

Allianz für den Hafen initiiert Wachstumsstrategie

Der Hamburger Hafen rüstet sich für künftiges Wachstum und senkt seine Preise. Im intensiven Austausch mit der Hafen- und Schifffahrtsbranche wurden auf Initiative von Senator Gedaschko gemeinsam Anreize entwickelt, um zusätzliche Schiffsverkehre nach Hamburg zu lenken. Zeitgleich wird die öffentliche Hafeninfrasturktur weiter ausgebaut und verbessert, um für künftiges Wachstum gerüstet zu sein. So sollen in den nächsten vier bis fünf Jahren rund 1 Mrd. Euro, die die Stadt beim Verkauf von HHLA-Anteilen in 2007 eingenommen hat, in öffentliche Hafeninfrasturkturmaßnahmen investiert werden. Die Weltwirtschaftskrise hat in allen Häfen wie auch dem Hamburger zu Umschlagseinbrüchen geführt. Aktuell gibt es jedoch erste Zeichen, dass die Bodenbildung erreicht ist und der Hafen wieder auf einen Wachstumskurs einschwenkt. Der Hamburger Hafen ist qualitativ und preislich wettbewerbsfähig, innovativ und klimafreundlich. Um diesen positiven Trend zu stabilisieren und zu verstärken, werden diese Stärken nun weiter ausgebaut.

Kernelement sind Anpassungen beim Hafengeld. „Wer mehr Verkehr nach Hamburg bringt, wird am meisten profitieren“, so **Jens Meier, Geschäftsführer der Hamburg Port Authority (HPA)**. Zusätzlich zu dem bereits bestehenden Mengenrabatt von bis zu 50 Prozent für Mehrverkehre ist in einem ersten Schritt die Einführung eines zeitlich befristeten Anreizsystems für Transshipmentverkehre vorgesehen. Bezogen auf die umgeschlagenen Transshipment-Container kann das bis zu 50 Prozent der Kosten pro Box ausmachen. „Damit stärken wir unsere Position als Drehscheibe für Feederverkehre in den Nord- und Ostseeraum“, betonte Meier. Zu dem Hafengeldpaket gehören ein Verzicht auf Tariferhöhung im Jahr 2010 und eine mögliche Zahlungszielverlängerung für Reeder. Diese Maßnahmen sind zunächst auf ein Jahr befristet. In einem zweiten Schritt ist für 2011 geplant, eine Mengen- sowie eine Klimakomponente in den Hafengeldtarif einzuführen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Mit diesem Schritt festigt Hamburg seine Preisführerschaft beim Hafengeld in der Nordrange. Anders als die Mitbewerber reagieren wir in der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht mit einem kurzatmigen Krisentarif. Wir legen dagegen eine gemeinsam getragene Strategie vor, die auf langfristiges Wachstum

setzt und den Kunden des Hamburger Hafens Planungssicherheit bietet. Es ist aber nicht nur die öffentliche Seite, die sich bewegt. In zahlreichen Gesprächen mit Unternehmensvertretern habe ich Signale erhalten, dass auch die Hafenunternehmen offensiv reagieren, um Marktanteile zu gewinnen.“

Ebenso bekennt sich die Deutsche Bahn AG zum Logistkdrehkreuz Hamburg und bekräftigt, ihre Marktanteile im Hinterland des Hamburger Hafens durch gezielte Investitionen auszubauen. Dazu investiert sie ebenso umfangreich in wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Modernisierung des Rangierbahnhofs Maschen. Die Erneuerung der vorhandenen Infrastruktur wird bei einem Investitionsvolumen von 230 Millionen Euro Ende 2013 abgeschlossen sein. Bis 2014 schließlich wird in dem rund 27 Kilometer langen Abschnitt Stelle- Lüneburg ein drittes Gleis sowie zwischen Stelle und Ashausen zusätzlich ein viertes Gleis gebaut. Der Bund und die Bahn investieren hier 280 Millionen Euro. In Hausbruch erfolgt ein zweigleisiger Ausbau zur besseren Anbindung der Hafenbahn. Aus dem Konjunkturprogramm des Bundes wird der Umschlagbahnhof Billwerder mit rund 17 Millionen Euro erweitert.

Ute Plambeck, Deutsche Bahn AG: „Die Deutsche Bahn steht zu den Ergebnissen des `Masterplans Schiene Seehafen-Hinterland-Verkehr`. In das Schienennetz rund um Hamburg sind Ausbauprojekte mit einem Volumen von über 550 Mio. Euro bereits fertig gestellt oder gestartet. Damit schaffen wir jetzt die Voraussetzungen für die Mehrverkehre von Morgen.“

Auch stellen sich die Hamburger Hafenlotsen und die Elblotsen ihrer Verantwortung. Für das Jahr 2010 werden sie auf fest eingeplante Erhöhungen des Lotsengeldes verzichten. Die beschlossenen Maßnahmen im Bereich des Hafengeldes bringen vielfache Vorteile für Hafen und Schifffahrtsbranche:

- 1) Das Zahlungsziel kann bis zu 12 Monate gestreckt werden, wenn entsprechende Sicherheiten vorliegen, was von großem Vorteil für die Reeder ist, die dadurch liquiditätsseitig entlastet werden.
- 2) Ebenso werden die Reeder durch die Einführung einer Mengekomponente in den Hafengeldtarif ab 2011 bei rückläufigem Umschlag – wie etwa durch die Wirtschaftskrise verursacht– automatisch entlastet.
- 3) Wer klimafreundlich mehr Menge transportiert, wird bevorzugt: Im Gleichklang mit anderen europäischen Seehäfen sollen künftig klimafreundliche Schiffe honoriert werden. Gerade auch mit Blick auf Hamburg als „European Green Capital“ in 2011 rundet dies das ohnehin schon klimafreundliche Profil des Hamburger Hafens weiter ab. Im Vergleich zu seinen

Konkurrenten hat Hamburg hier gleich zwei wichtige ökologische Vorteile: Einerseits fließt ein höherer Anteil der Hinterlandverkehre über die klimafreundliche Schiene ab. Andererseits sind die Wege nach Zentral- und Osteuropa kürzer, wodurch beim Transport Energie und damit auch CO2 eingespart wird.

Frank Horch, Präses der Handelskammer Hamburg: "Jede Krise ist eine Chance. In unserem Fall wurde Sie dazu genutzt, zu einer in dieser Form von mir zuvor noch nicht gekannten Zusammenarbeit aller am Hafengeschehen beteiligten Akteure zu finden. Von dem heutigen Tag geht ein deutliches Signal in die Märkte aus, dass Hamburg die ihm durch seine Geschichte und Geografie zugewiesene Rolle als Brücke zwischen den Märkten in Fernost und Mittel-/Osteuropa und der Ostsee offensiv weiterentwickelt. Die Kunden unseres Hafens sollen und werden davon profitieren."

Fazit: Im Wettbewerb der Häfen ist Hamburg langfristig hervorragend positioniert. Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und kurze Wege in den Ostseeraum sowie nach Mittel- und Osteuropa sind die entscheidenden Erfolgsgaranten, dass Hamburg seine Funktion als eine zentrale Drehscheibe des Welthandels weiter ausbaut. Hamburgs Stärke liegt traditionell im Markt der Transshipmentverkehre. Aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Nord- und Ostsee werden über Hamburg in diesem Bereich vor allem Transporte in und aus dem baltischen Raum abgewickelt.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

27. November 2009/pr27

Schwerpunkte setzen, Konjunktur schonen, Gestaltungsspielräume erhalten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 2010 -2013

Der Senat hat gestern beschlossen in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt rd. 1,15 Mrd. Euro zu konsolidieren, um den Hamburgischen Haushalt strukturell auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Ausgangslage

Aufgrund Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch für die Freie und Hansestadt Hamburg eine grundlegende Änderung der Situation eingetreten – wir haben einen **einmaligen Rückgang des Wirtschaftswachstum in der Geschichte der Bundesrepublik um rund fünf Prozent**.

Nach Maisteuerschätzung, im Wesentlichen bestätigt durch Novembersteuerschätzung, werden Hamburg **bis 2013 Steuereinnahmen von 6 Mrd. Euro fehlen**.

Steuerausfälle dieser Größenordnung können weder im Bund noch in den Ländern ohne neue Schuldenaufnahme gestemmt werden.

Hamburg hat durch vorbildliche Finanzpolitik **vor der Wirtschafts- und Finanzkrise keine Schulden** mehr gemacht.

Bereits 2006 gab es erhebliche Überschüsse im Betriebshaushalt (587 Mio. Euro) zur Finanzierung von Investitionen. 2007 und 2008 gab es keine Nettokreditaufnahme. Und vor der Krise waren auch die Haushalte 2009/10 und die Mittelfristige Finanzplanung ebenfalls ohne Neuverschuldung geplant

Höhe der Konsolidierung

Der Senat hat beschlossen in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt rd. 1,15 Mrd. Euro durch Einnahmeverbesserungen und Einsparungen zu konsolidieren, um den Hamburgischen Haushalt strukturell auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Dafür haben die einzelnen Behörden ein bestimmtes Volumen an Vorschlägen zu unterbreiten - entschieden hat dann der Senat insgesamt unter Berücksichtigung der Auswirkungen einer jeden einzelnen Maßnahme und der Schwerpunkte der Senatspolitik insgesamt.

Gestaltung des Konsolidierungsprozesses

Der Senat hatte dabei grundsätzlich drei Möglichkeiten:

Zusätzliche Schuldenaufnahme wie in den letzten Jahrzehnten, **Erhöhung des Schuldenberges**, Verschieben der Lasten auf Kinder und Kindeskiner oder

Radikales Sparprogramm um die Einnahmeausfälle zu kompensieren. Das würde zu einer **beispiellosen Kürzungsorgie** führen, die dazu noch verheerende Folgen für die ohnehin angeschlagene Konjunktur hätte.

oder

als Hamburger Alternative: Temporäre, abgegrenzte Schuldenaufnahme zur Überbrückung des Konjunkturtals mit der Verpflichtung zur Rückzahlung, wenn Lage wieder besser. **So schaffen wir Spielräume für zukünftige politische Projekte.**

Der Konsolidierungsbedarf von 1,15 Mrd Euro ergibt sich

- zum einen aus den Zinslasten aus den Krediten, die wir zur Bewältigung der Krise aufnehmen. Die Zinslasten wachsen von 80 Mio. Euro in 2010 bis auf 260 Mio. Euro/Jahr in 2013 auf
- zum anderen fallen jährlich 100 Mio. Euro Verlustausgleich für die HGV an.

Vom Konsolidierungsbetrag werden 440 Millionen Euro über die Jahre 2010-13 durch Einsparungen bei Zinsen, sowie Minderausgaben im Personalbereich und bei IT-Vorhaben aufgebracht. Insgesamt ergibt sich somit eine Summe von **710** Millionen Euro, die in den Haushalten der Fachbehörden einzusparen ist.

Durch die auf Bundesebene geplanten steuerlichen Maßnahmen würden weitere Steuerausfälle auf Hamburg zukommen. Mindereinnahmen aus der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene haben wir bei unserer aktuellen Konsolidierungsplanung bewusst nicht berücksichtigt. Hier gilt weiterhin, dass eine möglichst weitgehende Kompensation des Bundes für Steuerausfälle der Länder anzustreben ist. Jetzt vorauseilend Überlegungen für den Fall anzustellen, dass eine Kompensation *nicht* gelingt, wäre kontraproduktiv.

Schwarz-Grün hat sich im Koalitionsvertrag auf ein **gemeinsames politisches Programm** verständigt. Die politischen Schwerpunkte des Senats spiegeln sich deswegen auch bei der Konsolidierung wider.

Rückfragen:

Kristin Breuer

Senatskanzlei

Senatssprecherin

Tel.: 040 / 428 31 22 43

Mail: Kristin.Breuer@sk.hamburg.de

und

Markus Kamrad

Senatskanzlei
Stellv. Senatssprecher
Tel.: 040 / 428 31 22 41
Mail: Markus.Kamrad@sk.hamburg.de

Anhang: Einzelmaßnahmen der Behörden

Beschlüsse zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Sozialhaushalt

Keine Absenkung der Qualität – aber Belastungen „mit Augenmaß“ unvermeidbar

Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen und massiver Neuverschuldung in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es erklärte Zielsetzung des Senats, zusätzliche Kostenanstiege bei öffentlichen Ausgaben weitgehend zu vermeiden.

Ganz besonders betroffen sind hiervon die sogenannten gesetzlichen Leistungen in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG).

Hier entfallen von 2,4 Mrd. € jährlich rund 2 Mrd. € auf die Leistungsbereiche Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe für Behinderte, Pflege und andere Leistungen der sozialen Grundsicherung, die landes- oder bundesgesetzlich festgelegt sind.

Die von der Sozialbehörde erarbeitete Analyse ergab hier drohende zusätzliche Kostensteigerungen von bis zu 690 Mio. € für den Zeitraum der kommenden Jahre bis 2012. Die zu erwartenden dramatischen Steuerausfälle machen es erforderlich, diesem sich abzeichnenden Kostenanstieg entgegenzuwirken. Zielsetzung der Sozialbehörde ist es dabei, vor dem Hintergrund der Verantwortbarkeit gegenüber den Hamburger Steuerzahlen und künftigen Generationen, das bestehende soziale Angebot in der Stadt so wenig wie möglich zu beschränken und es zugleich bezahlbar zu halten.

Dazu hat die Sozialbehörde in den vergangenen Wochen mit vielen Partnern der sozialen Arbeit in der Stadt Gespräche geführt. Ziel war, Sparpotentiale zu identifizieren oder Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um so viele Leistungen wie möglich für die Hamburger Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und Leistungseinschränkungen sowie Standardabsenkungen zu vermeiden. Außerdem sollen sinnvolle Innovationen wie z.B. der Ausbau der Eltern-Kind-Zentren oder die Weiterentwicklung der Hilfen für behinderte Menschen nicht gefährdet, sondern weiter fortgeführt werden können. Auch wenn es nicht zu formalen Vereinbarungen mit den Verbänden gekommen ist, konnten doch eine Reihe von Maßnahmen gemeinsam ins Auge gefasst werden.

Im Rahmen der Klausurtagung hat der Senat zur Begrenzung der Kostenanstiege im Sozialetat ab 2010 folgende Maßnahmen beschlossen:

Kindertagesbetreuung

Für das bereits jetzt bundesweit vorbildliche (und weiter wachsende) Hamburger Kindertagesbetreuungsangebot werden in den Jahren 2010 bis 2012 insgesamt rund 145 Mio. € Mehrkosten erwartet (2009: rd. 453 Mio. €). Um Eingriffe in Qualität und Personalschlüssel und damit die Absenkung von Standards zu vermeiden, ist ein Bündel sozial ausgewogener Maßnahmen beschlossen worden:

Leider können nicht alle im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in den ursprünglich geplanten Zeiträumen realisiert werden. Die ursprünglich für August 2010 geplante vorgezogene Einführung eines allgemeinen Rechtsanspruches auf Kindertagesbetreuung bereits ab 2 Jahren wird daher bis 2013 zurück gestellt (Vermeidung neuer Kosten: rd. 30 Mio. €).

Die Hortbetreuung soll bis 12 und nicht mehr 14 Jahren (Minderausgaben rd. 5 Mio. €) angeboten werden.

Statt Standards abzusenken soll mit neuen Beitragsstufen für Eltern mit erhöhtem Einkommen (über 3.000 € netto) sowie einer sozial gestaffelten Erhöhung des Essensgeldes (Krippe und Elementar von 60 Ct. auf 1 €/Tag sowie Hort auf 2 €/Tag, Ermäßigung für Familien im Hartz-IV-Bezug auf 80 Ct. bzw. 1€/Tag im Hort) sowie die Gleichstellung der Beitragsbemessungsregeln für Eltern behinderter Kinder ein Teil der zusätzlich erforderlichen Mittel für Kitas bereit gestellt werden (rd. 40 Mio. €). Diese Anpassung der Elternbeiträge ist sozial ausgewogen und angesichts der Tatsache, dass die Elternbeiträge seit 2005 nicht an die Kostenentwicklung angepasst wurden, vertretbar.

Die Entscheidung über eine Rücknahme der Beitragsbefreiung im letzten Kita- bzw. Vorschuljahr wurde zunächst zurückgestellt. Bis zum Frühjahr soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Sozial- und Bildungsbehörde im Auftrag der beiden zuständigen Senatoren die Schnittstelle am Übergang zwischen Kita und Schule so klären, dass es zukünftig nicht mehr die Doppelung und damit Konkurrenz zwischen Kita- und Vorschulangebot gibt.

Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung waren bereits in den letzten Jahren – auch bundesweit – stark angestiegen (Hamburg: 2009 rd. 223 Mio. €). In den Jahren 2010 bis 2012 ist ohne wirksame Gegensteuerung ein weiterer Anstieg um insgesamt bis zu 218 Mio. € zu befürchten.

Neben der besseren Steuerung der Hilfen sowie Steigerung der Auslastung (Einsparungen rd. 18 Mio. €) sollen zur Vermeidung der außerhamburgischen Unterbringung 500 neue Plätze in Hamburg (Kostensparnis rd. 2,5 Mio. €) und 100 zusätzliche Plätze der Vollzeitpflege (Ersparnis rd. 7 Mio. € aufwachsend) eingerichtet werden.

Herzstück wird aber der Ausbau der sogenannten „Sozialräumlichen Angebote“ sowie neuer wirksamer Alternativen zur teuren sozialpädagogischen Familienhilfe in den Stadtteilen. Hierfür sollen in den kommenden Jahren rund 26 Mio. € zusätzlich investiert werden, um damit drohende Mehrausgaben von über 156 Mio. € abzuwenden. Die Konzeptionen werden von der Sozialbehörde gemeinsam mit Bezirken und Trägern entwickelt.

Soziale Hilfen

Bei den sozialen Hilfen drohen insbesondere im Bereich „Kosten der Unterkunft“ (2009: rd. 582 Mio. €) und Eingliederungshilfeleistungen für behinderte Menschen (2009: rd. 340 Mio. €) Kostensteigerungen von insgesamt 327 Mio. € in den Jahren 2010 bis 2012.

Ein Schwerpunkt werden für den Senat in den kommenden Monaten daher die Verhandlungen über den angemessenen Bundesanteil der Kosten der Unterkunft sein. Entgegen dem realen Kostenanstieg wurde der Bundesanteil zuletzt sogar reduziert. Der Senat unterstützt eine entsprechende Bundesratsinitiative sowie die Verhandlungen der Fachministerkonferenzen.

Bereits jetzt ist eine höhere Bundeserstattung für Grundsicherung nach SGBXII zu erwarten (zusätzliche Einnahmen 13 Mio. €).

Außerdem strebt der Senat die bundesweite Regelung einer Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung auch für den Kreis von Personen an, die derzeit noch im Rahmen des SGB XII oder AsylbLG über den Sozialhilfeträger die Leistungen für Krankheit und Pflege erhalten. Auch die Kostenübernahme für Hilfen zur Pflege in Einrichtungen mit überdurchschnittlichen Kosten sollen bundesgesetzlich begrenzt werden und Pflegegeldleistungen nicht mehr in jedem Fall zusätzlich zu Pflegedienstkosten geleistet werden.

Disponible Leistungen sind u.a. durch Weiterentwicklung der Pflegeangebote entbehrlich geworden: So soll die einkommensabhängige Einzelförderung sowie die Förderung der Investitionskosten in der Tagespflege zukünftig wegfallen (Einsparung rd. 3,5 Mio. €).

Im Bereich der Eingliederungshilfe werden gemeinsam mit den Betroffenen und den Trägern der unterschiedlichen Leistungen die Anstrengungen zur Modernisierung der Hilfen fortgesetzt: Durch gezieltere und am individuellen Bedarf ausgerichtete Hilfen können Kostensteigerungen von 11 Mio. € entgegen gewirkt werden.

Ausblick:

Mit den oben genannten Beschlüssen sind die drohenden Anstiege im Sozialhaushalt noch nicht komplett abgewendet. Daher soll im Frühjahr eine Bewertung der Initiativen auf Bundesebene erfolgen und es sollen die Prognosen anhand der bis dahin eingetretenen Entwicklung überprüft werden.

Um einen Beitrag der Träger zur notwendigen Konsolidierung zu erreichen, wurde von der Sozialbehörde die Vereinbarung von niedrigen Steigerungsraten für Vergütungssätze für die kommenden drei Jahre angestrebt. Damit könnte für beide Seiten Planungssicherheit geschaffen werden, um ein kurzfristiges Eingreifen zur Sicherung des Haushalts zu vermeiden. Hier ist es bisher leider nicht zu einem Durchbruch gekommen. Zielsetzung des Senats ist es, die Gespräche mit den Trägern und Verbänden daher kurzfristig fortzusetzen, um durch diesen Beitrag weiterhin Standardabsenkungen vermeiden und Qualität beibehalten zu können.

Rückfragen:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 – 35 15, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

Konsolidierungsbeitrag der Finanzbehörde

Der Hamburger Senat hat für die Jahre 2010 bis 2013 einen Konsolidierungsbedarf von 1,15 Milliarden Euro identifiziert.

Um die Belastungen für die Fachbehörden und die von Ihnen durchgeführten Aufgaben möglichst gering zu halten, wurden zunächst alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um den Konsolidierungsbetrag, den der gesamte Senat tragen muss, soweit wie möglich abzusenken.

Daher hat die Finanzbehörde aus eigenen zentralen Titeln vorab eine Konsolidierungsleistung in Höhe von **440 Millionen Euro** für die Jahre 2010 bis 2013 erbracht. Dies wird über Einsparung bei Zinsen und Minderausgaben im Personalbereich erzielt.

Durch diese Vorleistung konnte das Gesamtvolumen, das auf alle Behörden umgelegt werden musste, erheblich verringert werden.

Darüber hinaus erbringt die Finanzbehörde 2010 bis 2013 einen weiteren Konsolidierungsbeitrag in Höhe von **75,8 Millionen Euro** durch Einnahmeverbesserungen im Grundstock und organisatorische Einsparmaßnahmen: Zusammenlegung der Spiegelreferate im Planungsstab der Senatskanzlei und der Finanzbehörde, Aufgabe der Vorprüfstelle im Amt 3 der Finanzbehörde. Im genannten Einsparvolumen sind auch Kompensationszahlungen des Bundes für Verwaltungskosten für die Übertragung der Kfz-Steuer von den Ländern auf den Bund enthalten. Weitere Maßnahmen sind die Reform des Abgabewesens sowie generell der sparsamen Wirtschaftsführung und Aufgabenkritik innerhalb der Fachbehörde.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz

Die Einsparungen der BSG zur Finanzierung der zusätzlichen Zinsen werden überwiegend von der Behörde selbst erbracht. D.h., es werden keine Zuwendungen an Träger gekürzt, Einrichtungen geschlossen oder Dienstleistungen für Bürger reduziert. Auch die Finanzierung von Jugendverbänden, der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die Drogen- und Suchthilfe bleiben unangetastet.

Der Anteil der BSG zur Finanzierung der zusätzlichen Zinsen **2010 – 2013** beträgt rd. 30,9 Mio. €

Die Einsparungen erfolgen u.a. durch folgende Maßnahmen:

- Die BSG wird in der Behörde durch den Verzicht auf Stellennachbesetzungen, aufgabenkritische Maßnahmen bei den Personalkosten und Einsparungen bei den Sachkosten bis zum Jahr 2013 rd. **9,92 Millionen Euro** einsparen.
- Durch Umschichtungen und den Abbau von Überhängen im Budget der BSG werden bis zum Jahr 2013 rd. **2,23 Millionen Euro** eingespart.
- Durch Einnahmeverbesserungen in den Bereichen Schifffahrtsmedizin und Veterinärkontrollen werden Mehreinnahmen von rd. **2,11 Millionen Euro** erwartet.
- Durch den Abbau nicht benötigter Personalüberhänge im Bereich der ehemaligen Pflegekräfte bei f&w (fördern&wohnen) werden rd. **14 Millionen Euro** eingespart.

Erläuterung: Die Geschäftsführung von f&w erhält den Auftrag, eine Konzeption zum Abbau der Personalüberhänge aus ehemaligen Pflegekräften (u.a. Altenpflegekräfte, die von fördern & wohnen zurückgekehrt waren) vorzulegen und umzusetzen. Damit sollen die betroffenen Personen in erster Linie auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze bei anderen Anbietern von Pflegediensten und –heimen erhalten, die dringend Fachkräfte suchen. Gleichzeitig soll die Finanzierung der derzeitigen Personalüberhänge aus Steuergeldern zügig abgebaut werden.

Rückfragen:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 – 35 15, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Die Bildungsbehörde erfüllt ihr Konsolidierungssoll in Höhe von insgesamt 102,75 Millionen von 2010 – 2013.

Die mit der Schulreform verbundenen Maßnahmen (kleinere Klassen, Ganztagschulen, Sprachförderung, Lehrerfortbildung) bleiben unangetastet.

Die Konsolidierungssumme lässt sich wie folgt konkretisieren:

Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein

Der Senat hat das bestehende Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein mit Wirkung zum 1.1.2010 gekündigt. Ziel ist, zu einem neuen Abkommen mit einem gerechteren Kostenausgleich zu kommen. Grundsätzlich ist Hamburg bereit, auch in Zukunft Gastschüler im Bereich der Sonderschulen und der beruflichen Schulen und bei der Abhilfe von Härtefällen aufzunehmen. Kommt ein neues Abkommen zustande, wird der Haushalt im Bereich der Schulen in freier Trägerschaft um die entsprechenden Kosten pro Schüler entlastet. Kommt kein neues Abkommen zustande wird ab dem Schuljahr 2010/11 für alle aus Schleswig-Holstein stammenden Schülerinnen und Schüler, die zu diesem Schuljahr neu an eine Hamburger Schule in freier Trägerschaft angemeldet werden, keine Finanzhilfe durch die FFH gewährt.

Achtjährige Gymnasialzeit

Mit dem Durchwachsen des G 8 sinkt der Bedarf an Lehrerstellen in den Gymnasien zum Schuljahr 2010/11. Es entsteht ein **Minderbedarf von 324 Stellen**. Grundlage für die Berechnung ist die Herbststatistik 2008. Gemäß Langfristprognose wird der Gesamtbedarf für die Gymnasien daher um insgesamt 309 Stellen zurückgehen. Um 259 Stellen wird der Haushalt entlastet. 50 Stellen werden für den Unterricht in den Gymnasien zur Verfügung gestellt.

Effektivierung des Übergangs Schule – Beruf

Aktuell befinden sich ca. 7000 Schüler in berufsvorbereitenden oder teilqualifizierenden Berufsbildungsmaßnahmen. Mit Hilfe der systematischen Umsteuerung der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in den neuen Stadtteilschulen im Rahmen des neuen Konzepts „Übergang Schule-Beruf“ ist eine erhebliche Verminderung der Zahl der Schüler in den nachqualifizierenden Maßnahmen an den beruflichen Schulen zu erwarten. Ein Teil der dadurch freiwerdenden Ressourcen wird in die Weiterentwicklung des Übergangssystems investiert; ein anderer Teil soll der Haushaltskonsolidierung dienen.

Mittelabsenkung bzw. Auslaufen von schulbegleitenden Maßnahmen

Ein weiterer Beitrag wird erbracht, indem die Mittel für schulbegleitende Maßnahmen abgesenkt werden oder die Projekte auslaufen (z.B. „Computer im Mathematikunterricht“, „Testentwicklung“)

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit erfüllt ihr Sparsoll, ohne dass Investitionen in der Phase der konjunkturellen Schwäche abgebaut werden. In Kombination mit den Konjunkturprogrammen des Bundes und Hamburgs stehen in dieser wirtschaftlich schwierigen Phase weit mehr Möglichkeiten für die Hamburger Wirtschaft bereit als in den vorangegangenen Jahren. Es sind alle Ausgabepositionen im Haushalt geprüft worden. Dabei ist darauf geachtet worden, dass die Sparmaßnahmen nicht den konjunkturellen Aufschwung verhindern. Außerdem wird die BWA dafür Sorge tragen, dass ihre Dienstleistungsfunktionen für die Hamburger Wirtschaft und die Hamburger Bürgerinnen und Bürger in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Verwaltungskosten

Die BWA wird in den kommenden fünf Jahren ihre Ausgaben für die internen Verwaltungskosten reduzieren. Dahinter verbergen sich viele kleine Beträge in unterschiedlichsten Bereichen. Erfasst werden hierbei der Geschäftsbedarf, die Repräsentationskosten des Senators, die Aus- und Fortbildung, die Öffentlichkeitsarbeit, die Bauunterhaltung, die IT-Aufwendungen, Gutachterkosten und weitere Bereiche.

Hamburger Arbeit (HAB)

Die Wirtschaftsbehörde wird die vorgegebene Einsparrate u.a. durch den Abbau der institutionellen Förderung der HAB („Hamburger Arbeit“) erbringen. Ziel des Verfahrens ist es, die Möglichkeit zur Neuorientierung zu schaffen. Die HAB wird sich übergangsweise aus eigenen Rücklagen finanzieren, um Zeit zu haben, den Prozess gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung zu beschreiten. Vorgabe ist aber, dass die HAB künftig ohne institutionelle Förderung auskommt. Die Kunden der HAB erhalten dadurch keinen Cent weniger.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung/Standortmarketing

Die Stadt wird die Aktivitäten der Marketinggesellschaften effizienter verzahnen. Hierdurch wird insbesondere das von der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) betriebene Standortmarketing wirksamer werden. Die HWF hat zudem Konzepte entwickelt, wie sie zukünftig in steigendem Maße eigene Einnahmen erwirtschaften kann. So wird unter dem Strich der Wirtschaftsförderung ein ungeschmälerter Beitrag zur Verfügung stehen. Für die Anwerbung von Messen und Kongressen werden die professionellen Dienstleistungen u.a. des neu gegründeten „Hamburg Convention Buro“ gegenüber finanziellen Anreizen an Bedeutung gewinnen.

Aus diesen Gründen sind die begrenzten Kürzungen in diesem Bereich vertretbar.

Investitionszuschüsse

Um die wirtschaftliche Belebung nicht zu behindern, werden die Investitionszuschüsse in 2011 und 2012 von Kürzungen ausgenommen. Bis 2013 wird sich die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert haben. Unternehmen werden dann nicht mehr im gleichen Umfang der Unterstützung bedürfen.

Clusterpolitik

Mit seiner Clusterpolitik hat Hamburg konsequent den Aufbau von Public Private Partnerships gefördert und ist damit sehr erfolgreich. Nach dem Aufbau können und müssen beim Ausbau in verstärktem Maße private Mittel für die Cluster akquiriert werden, um die moderaten Absenkungen der Subventionen auf städtischer Seite zu kompensieren. Das bildet zugleich den Lackmustest für den echten Mehrwert der Cluster für die Unternehmen.

Mit der Auszeichnung des Luftfahrtclusters Hamburg als eines von fünf Spitzenclustern in Deutschland in 2008 ist eine über fünf Jahre laufende Förderung des Bundes in Höhe von 40 Millionen Euro verbunden. Dies lässt eine moderate Absenkung der lokalen Subventionen vertretbar erscheinen.

Mittelstandspolitik

Die Mittelstandspolitik wird weiterhin im Fokus der Senatspolitik stehen. So sollen insbesondere Handwerkswerksunternehmen aber auch Existenzgründer in Zukunft nachhaltig gefördert werden. Allerdings werden einzelne Maßnahmen dort zurückgefahren, wo kaum Nachfrage besteht bzw. den zu fördernden Unternehmen und Einrichtungen ein größerer Eigenanteil zugemutet werden kann.

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Entsprechend der Empfehlung aus der letzten Evaluation der Leibniz-Gemeinschaft wird die Zuständigkeit für das GIGA von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit auf die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) übertragen. Damit trägt der Senat der Tatsache Rechnung, dass das GIGA (das ehemalige Deutsche Übersee Institut) sich - den Empfehlungen der Evaluatoren folgend – in den letzten Jahren zunehmend mehr der Forschung und weniger der wirtschaftspolitischen Beratung gewidmet hat und zu diesem Zweck auch die Zusammenarbeit zwischen dem GIGA und der Universität Hamburg intensiviert worden ist. Dieser Prozess soll zukünftig unter der Zuständigkeit der BWF fortgesetzt und nach einer Übergangsphase aus deren Einzelplan finanziert werden.

Mit der Änderung der Zuständigkeit für das GIGA ist keine Kürzung der Zuschüsse der FHH verbunden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung trägt in den Jahren 2010 bis 2013 mit insgesamt 30,437 Mio. Euro zur Konsolidierung des Haushalts bei. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verfolgt die BWF das Ziel, die Budgets der staatlichen Hamburger Hochschulen weitestgehend unangetastet zu lassen und Einsparpotenziale im generellen Bereich zu generieren. Handlungsspielräume für neue und erweiterte Projekte im Wissenschaftsbereich sollen weiterhin erhalten bleiben.

Die wesentlichen Konsolidierungssummen lassen sich wie folgt konkretisieren:

Ein wichtiger Baustein im Einsparpaket der BWF ist die Minderung der Zuführung an die Wissenschaftsstiftung in den Jahren 2011-2013

Die Tranchen der Jahre 2009 und 2010 (insg. 12 Mio. Euro) werden, wie gesetzlich festgelegt, der Wissenschaftsstiftung zur Verfügung gestellt und ggf. übertragen. Vor diesem Hintergrund ist eine Reduktion des Zuschusses an die Wissenschaftsstiftung um vier Mio. Euro jährlich für die Jahre 2011 bis 2013 zu vertreten. Dadurch ergibt sich ein Einsparpotenzial in Höhe von insgesamt 12 Mio. Euro. Für die Zeit ab 2015 wird angestrebt, jährlich wieder den vorgesehenen Betrag in Höhe von 15 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Zur Umsetzung bedarf es einer Änderung des im Gesetz zur Errichtung der Wissenschaftsstiftung verankerten Stiftungsgeschäfts durch einen Bürgerschaftsbeschluss, der im Laufe des Jahres 2010 erfolgen muss.

Weitere, größtenteils kleinere Maßnahmen sind:

Einsparungen bei den WK-Erstattungen für Stundungszinsen (neue Studienfinanzierung)

Bei der Erstattung der Kosten der Studienfinanzierung an die Wohnungsbaukreditanstalt (WK) werden aufwachsend Einsparungen realisiert, die durch die geringere Zahl der in Anspruch genommenen Stundungen möglich werden. Bis zum Jahr 2013 können so insgesamt 13,553 Mio. Euro eingespart und in voller Höhe zur Konsolidierung genutzt werden.

Ausgründung der Kooperationsstelle

Die seit 1987 an die BWF angegliederte Kooperationsstelle Hamburg (Kooperationsstelle) wird zum 1. Januar 2010 aus der Behördenstruktur herausgelöst und als Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ausgegründet. Die Kooperationsstelle befasst sich mit wissenschaftlicher Forschung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitnehmern. Als eine von der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) unabhängige Einrichtung wird die zukünftige „Kooperationsstelle Hamburg GmbH“ die Möglichkeit erhalten, ihr Geschäftsprofil stärker an die Bedürfnisse von Unternehmen und Belegschaften anzupassen und sich durch flexible Steuerung und Wirtschaftsführung am Markt noch besser aufzustellen. Für die FHH ergeben sich hierdurch Einsparungen von insgesamt 400.000 Euro.

Reduzierung der Zuwendungen für die TuTech Innovation GmbH und das Multimediakontor Hamburg

Die TuTech Innovation GmbH wurde 1992 von der Technischen Universität Hamburg-Harburg gegründet und organisiert für die Metropolregion Hamburg gemeinsam mit der Schwestergesellschaft Hamburg Innovation GmbH und im Verbund mit allen Hamburger Hochschulen den Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft. Die jährlichen Zuwendungen können ohne Einschränkung der Aufgaben um jährlich 85.000 Euro reduziert werden.

Das Multimedia Kontor Hamburg (MMKH) ist ein Unternehmen der sechs öffentlichen Hamburger Hochschulen. Als zentrale Service- und Beratungseinrichtung unterstützt das MMKH gemeinsam mit den Hochschulen initiierte Projekte zur IT-basierten Modernisierung von Lehre und Verwaltung. Durch die Reduzierung der Zuwendungen können jährlich 50.000 Euro eingespart werden.

Durch die Reduzierung der Zuwendungen ergibt sich insgesamt ein Einsparpotenzial in Höhe von 540.000 Euro.

Rückführung des KfW Studienfonds (alte Studienfinanzierung)

Mit Einführung der allgemeinen Studiengebühren in Hamburg zum Sommersemester 2007 hatte sich die FHH verpflichtet, gebührenpflichtigen Studierenden einen Anspruch auf ein Studiendarlehen in Höhe der Studiengebühr zu gewähren. Dieser Verpflichtung kam sie mit dem Hamburger Studiendarlehen nach, das in ihrem Auftrag von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angeboten wurde. Als staatliche Förderbank verfolgte die KfW keine Gewinnerzielungsabsicht mit dem Darlehensangebot und ein Hamburger Studienfonds übernahm das Ausfallrisiko. Durch das Auslaufen des Studiendarlehens (auf Grund des neuen Systems der Stundung von Studiengebühren) können insgesamt 560.000 Euro eingespart werden.

Anpassung verschiedener Einnahmen

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2009/2010 wurde die Festlegung der Einnahmen an die reale Einnahmesituation der Hochschulen angepasst. Die Anpassung erfolgte budgetneutral, d.h. die Ausgabenseite wurde entsprechend erhöht. Ab 2010 werden die Einnahmen weiterhin realistisch veranschlagt, die Ausgabenerhöhung wird aber zurückgenommen. Der Grundsatz, dass Mehreinnahmen grundsätzlich den Hochschulen zur Verfügung stehen, bleibt erhalten. Insgesamt lassen sich durch Anpassungen verschiedener Einnahmen 3,384 Mio. Euro einsparen.

Sondervermögen „Hochschulen“

Unabhängig von den Einsparbeschlüssen wurde in der Senatsklausur vereinbart, ein Sondervermögen „Hochschulen“ zu errichten, um die bauliche Entwicklung Hamburger Hochschulen entscheidend voranzutreiben. Ziel ist es, dem Hochschulbau in einer eigenen Einheit Entwicklungsperspektiven zu geben. So können z.B. die Universitätsgebäude in den kommenden 10 Jahren umfassend saniert bzw. neu errichtet werden.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Kultur, Sport und Medien

Die BKSM erbringt einen Beitrag zu den Konsolidierungsanstrengungen des Senats in Höhe von insgesamt 12,3 Mio. Euro für die Jahre 2010 bis 2013. Dabei entfallen auf das Amt Kultur, das Staatsarchiv und die Verwaltung 7,7 Mio. Euro, auf die Medien 3 Mio. Euro und auf den Sport 1,6 Mio. Euro.

Staatliche Bühnen und Orchester

Die Eintrittspreise bei den staatlichen Bühnen – Hamburgische Staatsoper, Deutsches Schauspielhaus in Hamburg und Thalia Theater - werden erhöht. Für die drei Häuser bringt dies zusätzliche Einnahmen von jährlich 1,4 Mio. Euro, die den Haushalt der Stadt entsprechend entlasten. Auch bei den beiden städtischen Orchestern, dem Philharmonischen Staatsorchester und den Hamburger Symphonikern, werden die Eintrittspreise angehoben. Die Stadt hält an dem Ziel fest, die Symphoniker mittelfristig zu einem A-Orchester aufzubauen.

Museen

Die Museumsstiftungen tragen zu den Sparmaßnahmen durch Zurückfahren ihrer Personalbudgets ab 2011 bei. Gleichzeitig wird der 2007 begonnene Konsolidierungs- und Restrukturierungsprozess fortgeführt.

Planetarium

Gemäß der Empfehlung des Rechnungshofes vom September 2008 werden die Zuschüsse für das Planetarium in den Jahren 2010 bis 2013 um insgesamt 450 Tausend Euro gekürzt. Im Gegenzug stellt der Senat bis voraussichtlich 2013 Mittel in Höhe von mindestens 4,5 Mio. Euro für den Sockelausbau zur Verfügung, um durch bauliche und technische Maßnahmen auch weiterhin die Fortentwicklung des Planetariums zu einem modernen Betrieb zu fördern.

Sport

Der Sport beteiligt sich im Jahr 2010 mit 200 Tausend Euro, 2011 mit 400 Tausend Euro und in den Jahren 2012 und 2013 mit jeweils 500 Tausend Euro an den Sparanstrengungen des Senats.

Tourismus und Medien

Die Zuschüsse für die Hamburg Tourismus GmbH werden von 2,823 Mio. Euro im Jahr 2010 um 205 Tausend Euro, im Jahr 2011 um 300 Tausend Euro und in den Jahren 2012 und 2013 um jeweils 571 Tausend Euro reduziert. Das Veranstaltungsbudget des Amtes Medien der Behörde für Kultur, Sport und Medien wird um 100 Tausend Euro pro Jahr gesenkt.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien

Susanne Frischling, 040 – 428 24 207

susanne.frischling@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen, 040 – 428 24 293

Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Als große Behörde bringt die BSU einen erheblichen Anteil an Konsolidierungsmaßnahmen. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt insgesamt rund 115 Millionen Euro in den Jahren 2010 bis 2013. Dieser wird durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen erbracht. Unter anderem durch Kürzungen bei Zuschüssen für die Stadtteilentwicklung, durch Kürzungen oder spätere Realisierung von Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich des Straßenbaus und der Gewässer sowie durch Gebührensteigerungen.

Zusätzlich sollen städtische Grundstücke verstärkt für Wohnraumschaffung genutzt werden. Durch die verstärkte Mobilisierung von Flächen sollen zusätzliche Einnahmen in Höhe von jährlich 10 Mio. Euro erzielt werden. Die vermehrte Anwendung des Höchstpreisverfahrens wird dabei ausgeschlossen. Erreicht werden soll dies durch die vermehrte Mobilisierung von Flächen für den Geschosswohnungsbau, bessere Ausnutzung bebaubarer Flächen, insbesondere Konversionsflächen. Dafür müssen die Vorhaben in den Bezirken schneller und zielgerichteter umgesetzt werden können. Dafür soll unter anderem ein Wohnungsbaukoordinator bestellt und das Instrument der Vorbehaltsgebiete stärker genutzt werden.

In allen Bereichen musste nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden.

Durch die Einsparungen sollen Investitionen in die langfristige Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur nicht in Frage gestellt werden.

Konkrete Maßnahmen:

- Kürzungen bei großen Programmen in der BSU (u.a. Stadtteilentwicklung), ohne die Gesamtprojekte in Frage zu stellen
- Kürzungen bei der Unterhaltung und Instandsetzung im Bereich des Straßenbaus
- Kürzungen bei der Unterhaltung und Instandsetzung im Bereich Gewässer
- Leistungseinschränkung bei dem Familienpass des HVV und Zuschlag zum HVV Tarif im Jahr 2011
- Kürzungen im Bereich Maßnahmen im öffentlichen Raum (u.a. Stadtreinigung, Winterdienst, Beleuchtung)
- Erhöhung von Einnahmen, zum Beispiel aus der Parkraumbewirtschaftung
- Erhöhte Baugebühren und Grundwasserentnahmegebühren

Rückfragen:

Enno Isermann,

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058,

Mail: enno.isermann@bsu.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Behörde für Inneres

Für die Hamburger Innenbehörde ergeben sich folgende Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 44,766 Mio. für die Jahre 2010 – 2013.

1. Wegfall der Abfindungen für Polizei- und Feuerwehrbeamte:

Beamte im Vollzugsdienst treten bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand und erhalten zur finanziellen Abfederung der finanziellen Einbußen durch den frühzeitigen Ruhestand im Vergleich zu anderen Beamten einen sog. Versorgungsausgleich von einmalig 4.500 Euro. Diese Abfindung wird ab dem Jahr 2011 gestrichen.

2. Einführung eines Lebensarbeitskontos für Polizeivollzugsbeamte

Die bestehenden Wochen- und Lebensarbeitszeitenregelungen für Polizeibeamte werden nicht verändert. Die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos bedeutet für die Beamten, dass sie keine Überstunden mehr ausgezahlt bekommen, sondern ihre Überstunden ansparen. Die angesammelten Stunden können dann individuell eingesetzt werden. So ist es künftig möglich, früher in Pension zu gehen oder beispielsweise die Stunden für Erziehungsaufgaben oder besondere familiäre Bedürfnisse zu verwenden.

3. Auflösung des Wasserschutzpolizeireviers 4 in Cuxhaven

Durch die Aufgabe des Reviers werden insgesamt 39 Stellen eingespart, die derzeit von den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam finanziert werden. Die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben werden neu konzipiert. So wird die Bestreifung der Elbe zukünftig direkt von Hamburg aus wahrgenommen – ohne Sicherheitsverluste für den Hamburger Hafen und die Elbe.

4. Zusammenlegung der Feuerwachen 35 (Finkenwerder) und 36 (Süderelbe) an einem neuen Standort

Für die Wache 35 ist ohnehin zwingend ein Neubau erforderlich, der jetzt größer wird. Hier hat zukünftig auch die Feuerwache 36 ihren Standort. Zudem bleibt der bisherige Standort Süderelbe zusätzlich als Rettungswagenstation und Großschadenslager erhalten. Insgesamt werden 50 Stellen eingespart. Durch die Zusammenlegung und den neuen Standort ist insbesondere für den Hamburger Hafen eine bessere Versorgung gewährleistet.

5. Erhöhung der Einnahmen des Polizeiorchesters

Für Auftritte des Polizeiorchesters als Werbeträger der Polizei stand regelhaft keine Kostendeckung im Vordergrund. Da das Orchester innerhalb der Bevölkerung eine hohe Popularität genießt, sind Einnahmen bei Konzerten und Auftritten auf künstlerisch hohem Niveau – wie bei anderen Kulturveranstaltungen auch – nur folgerichtig.

6. Absenkungen der Rückführungskosten im Einwohner-Zentralamt

Die Fallzahl der Rückführungen hat abgenommen. Die Kalkulationen werden den Entwicklungen angepasst.

7. Verzicht auf bisher vorgesehene zusätzliche Finanzmittel zum Ausgleich von Kürzungen des Bundes bei Ersatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren

Neben Landesfahrzeugen nutzen die Freiwilligen Feuerwehren auch Löschfahrzeuge, die bisher aus Bundesmitteln beschafft wurden. Da der Bund bis 2012 keine neuen Fahrzeuge finanzieren wird, wurden im aktuellen Haushaltsplan Mittel veranschlagt, um für den Bund einzuspringen. Auf diese Ersatzfinanzierung muss verzichtet werden. Ersatzbeschaffungen werden bis 2012 gestreckt oder in dringenden Fällen aus dem Fuhrparkbudget der Behörde für Inneres (Berufsfeuerwehr) realisiert.

8. Zusammenlegung von Gebührenstellen der Behörde für Inneres

Derzeit unterhält die Behörde für Inneres mehrere Gebührenstellen. Polizei, Feuerwehr und Einwohner-Zentralamt erheben getrennt voneinander Gebühren. Diese Stellen werden zusammengelegt. Beispiel: Bei einem Abschleppvorgang erhält der Fahrzeughalter derzeit vom Einwohner-Zentralamt für das Falschparken einen Bescheid über das Buß- oder Verwarngeld sowie von der Polizei einen Bescheid für Abschleppkosten. Zukünftig wird nur noch eine Gebührenstelle den Vorgang bearbeiten und für die Bürgerinnen und Bürger Ansprechpartner sein.

9. Neuorganisation der Arbeitsgruppe Scientology

Die bisherige Vorreiterrolle Hamburgs in der Bekämpfung der Scientology Organisation hat zu einem erheblichen Aufklärungseffekt in der Bevölkerung beigetragen. Aufgrund des erreichten hohen Aufklärungsstandes in der Bevölkerung ist es vertretbar, dass die Arbeitsgruppe Scientology künftig mit entsprechend weniger Mitarbeitern ausgestattet wird.

10. Senkung des Zuschusses an das Statistikamt Nord

Für das durch eine Zusammenlegung der Statistikämter der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg entstandene Statistikamt Nord ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung im Rahmen eines aufgabenkritischen Prozesses vorgesehen. Hierzu hat die Behörde für Inneres bereits ein Projekt eingerichtet.

11. Eigenbewachung des Polizeipräsidiums

Die Aufgabe der Bewachung des Polizeipräsidiums wird derzeit von einem privaten Unternehmen wahrgenommen. Der aktuelle Vertrag mit der entsprechenden Bewachungsfirma ist zum 1. Quartal 2011 kündbar. Auf eine Fremdvergabe der Aufgabe kann zukünftig verzichtet werden, indem die Bewachung durch die Polizei selbst vorgenommen wird.

12. Einnahmeerhöhung durch Einbürgerungsoffensive

Vorgesehen ist die Anpassung des Einnahmenansatzes bei dem Gebührentitel für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten im Einwohner-Zentralamt. Die Erhöhung der Mittelansätze durch größere Gebühreneinnahmen stützt sich dabei sowohl auf die Fortschreibung des erwarteten Einnahmeergebnisses 2009 als auch auf die Erwartung einer Erhöhung der Fallzahlen durch die geplante Einbürgerungsoffensive im Jahr 2010.

13. Erhöhung der Verwahrgebühren für sichergestellte Fahrzeuge

Die Verwahrgebühren auf dem zentralen Verwahrplatz für abgeschleppte Fahrzeuge werden angepasst. Kosten, die durch rechtswidriges Verhalten Einzelner im Straßenverkehr entstehen, sollen, um die angestrebte Kostendeckung zu erreichen, nicht mehr von der

Allgemeinheit subventioniert werden. Die Gebühr für die Verwahrung in den ersten 24 Stunden steigt für einen PKW von 50 auf 60 Euro. Ein Überschuss soll hierdurch nicht erzielt werden.

14. Absenkung der Ausgaben aufgrund des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen

Die bislang bereitgestellten Mittel dienen der Finanzierung bundesweiter Gremien und Strukturen sowie Projekten und Untersuchungen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Mittel nicht in gesamter Höhe gebraucht wurden und deshalb eine Absenkung des Titels vertretbar ist, ohne auf die weiterhin wichtige Präventionsarbeit zu verzichten.

15. Unerwartete Einnahme für die Behörde für Inneres nach Vergleich

Als Ergebnis eines einvernehmlichen Vergleichs mit den Krankenkassen und Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung über die bisher strittige Höhe der erhobenen Rettungsdienstgebühren für den Zeitraum vom 1.1.2004 bis 31.10.2006 erhält die Behörde für Inneres Einmalzahlungen der Krankenkassen. Da dieses Vergleichsergebnis bisher nicht im Haushalt berücksichtigt ist, kann der außerplanmäßige Einnahmebetrag komplett zur Deckung des Gesamthaushaltes eingesetzt werden.

Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Thomas Butter, Tel. 0 40 – 42839-2678 oder -2673

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

Konsolidierungsbeitrag Behörde für Justiz

Von den Einsparverpflichtungen sind alle Bereiche betroffen, auch die Justiz muss ihren Beitrag leisten. Bei den beschlossenen Einsparungen wird die besondere Situation der Justiz berücksichtigt. Hier gibt es nur vergleichsweise geringen Spielraum. Es wurde und wird dabei nach Einsparmöglichkeiten gesucht, die noch zumutbar und verantwortbar sind.

Die Aufgabe der Justiz, effektiv und zeitnah Rechtsschutz zu gewährleisten, wird weiterhin sichergestellt sein. Die Gerichte werden auch künftig personell und sachlich so ausgestattet sein, dass die richterliche Unabhängigkeit gewährleistet und den verfassungsrechtlichen Anforderungen Genüge getan wird.

Im Strafvollzug werden auch weiterhin die Sicherheit der Bevölkerung sowie die Aufgabe der Wiedereingliederung der Straffälligen sichergestellt.

Die Justizbehörde trägt zur Konsolidierung des Haushalts in den Jahren 2010-2013 mit insgesamt rund € 45 Mio. bei.

Da Personalkosten rund zwei Drittel des Justizhaushalts ausmachen, lassen sich Einsparungen im Wesentlichen nur im Bereich von Personalausgaben erzielen.

Die Konsolidierungssummen lassen sich wie folgt konkretisieren:

1. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizbehörde

Die Einsparverpflichtung im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Justizbehörde liegt in den Jahren 2010-2013 bei insgesamt rund € 9 Mio. Die detaillierte Verteilung der Einsparpotenziale steht noch nicht fest. Bei der Prüfung werden die besonderen Strukturen und Aufgaben der einzelnen Gerichte und Staatsanwaltschaften berücksichtigt. Ferner wird geprüft, ob der Gerichtsstandort des Amtsgerichts Blankenese aufgegeben werden kann. Der Mietvertrag für das Gebäude des Amtsgerichts Blankenese läuft Ende 2011 aus.

2. Justizvollzug

Die Einsparverpflichtung im Bereich des Justizvollzugs liegt in den Jahren 2010-2013 bei insgesamt rund € 21,5 Mio. Über die sowieso notwendige Neustrukturierung des Strafvollzuges in Hamburg kann bereits ein großer Beitrag zum Einsparpotenzial realisiert werden. Durch die Reduktion von Haftplätzen und Aufgabe des Standortes Glasmoor können dauerhafte Einsparungen erzielt werden.

3. Ausbildungsgänge

Die Einsparverpflichtung im Bereich der Ausbildungsgänge und Referendare liegt in den Jahren 2010-2013 bei insgesamt rund € 14 Mio. Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Personaleinsparungen werden die Ausbildungsgänge ausgesetzt. Ab dem 1. Oktober 2010 bis zum Jahr 2014 finden keine weiteren Lehrgänge für Rechtspfleger, Justizfachangestellte, Allgemeinen Vollzugsdienst u.a. statt. Die Referendariatsstellen werden entsprechend dem tatsächlichen Bedarf um 100 Stellen abgesenkt.

Rückfragen:

Justizbehörde, Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

Konsolidierungsbeitrag der Senatskanzlei und des Personalamtes

Die Senatskanzlei wird zur Konsolidierung einen Beitrag von 15,25 Millionen Euro bis 2013 leisten.

Darin enthalten sind Einsparungen bei Verwaltungsaufgaben und der Öffentlichkeitsarbeit, Mittelkürzungen beim Standortmarketing, der Kooperation im Nord- und Ostseeraum, sowie bei diversen Förderfonds.

Das Personalamt erfüllt sein Konsolidierungssoll in Höhe von insgesamt 5 Mio. EUR (2010 und 2011 jeweils 1 Mio. EUR, 2012 und 2013 jeweils 1.5 Mio. EUR).

Das Personalamt wird seine Konsolidierungssummen überwiegend bei den Personalausgaben erstuern. Die Sach- und Fachausgaben im Personalamt sind zu einem Großteil nicht disponibel.

Die Erbringung der Konsolidierungssumme lässt sich wie folgt konkretisieren:

Maßnahme

Die Einsparungen im Personalhaushalt werden überwiegend über verlängerte Vakanzen freierwerdender Stellen erzielt werden (Vakanzen durch natürliche Fluktuationen oder altersbedingte Personalabgänge). Der Bereich Beihilfe ist davon nicht betroffen.

Rückfragen Senatskanzlei:

Kristin Breuer
Senatskanzlei
Senatssprecherin

Tel.: 040 / 428 31 22 43

Mail: Kristin.Breuer@sk.hamburg.de

und

Markus Kamrad
Senatskanzlei

Stellv. Senatssprecher

Tel.: 040 / 428 31 22 41

Mail: Markus.Kamrad@sk.hamburg.de

Rückfragen Personalamt:

Leiter des Personalamtes
Dr. Volker Bonorden

Tel: +49 (40) 42831 – 1506

Fax: +49 (40) 42831 – 2420

E-Mail: volker.bonorden@personalamt.hamburg.de

03. Dezember 2009/bfi03

Gewalt gegen Polizeibeamte: Innensenator Christoph Ahlhaus kritisiert geplante Studie

Senator Ahlhaus: „Hier sollen Opfer zu Tätern gemacht werden“ / Hamburg und Sachsen steigen aus der KFN-Studie aus

Auf der Innenministerkonferenz (IMK), die noch bis morgen in Bremen tagt, steht auch das Thema Gewalt gegen Polizisten auf der Tagesordnung. In den vergangenen zehn Jahren sind die Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte um über 30 Prozent in die Höhe geschneit. Hamburg setzt sich auf der Innenministerkonferenz für eine Verschärfung der Strafen ein, lehnt aber die dazu beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) von den Ländern in Auftrag gegebene Studie zur Gewalt gegen Polizeibeamte ab. Hamburgs **Innensenator Christoph Ahlhaus** hat am heutigen Donnerstag gemeinsam mit seinem sächsischen Amtskollegen, **Minister Markus Ulbig**, entschieden, aus der KFN-Studie auszusteigen. Hintergrund sind diskriminierende Fragestellungen an die Polizeibeamten.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Mir liegt ein entschlossenes Eintreten gegen die zunehmende Gewalt gegenüber unseren Polizeibeamten besonders am Herzen. Politik und Gesellschaft sind in der Pflicht, sich schützend vor unsere Beamten zu stellen. Und dafür brauchen wir angesichts vieler Hundert verletzter Polizisten in ganz Deutschland allein in diesem Jahr keine wissenschaftliche Erhebung und keinen weiteren Beweis, ob es dieses Gewaltphänomen gibt. Ein Signal der Solidarität mit unseren Einsatzkräften ist mit der KFN-Studie nicht mehr zu erreichen. Die Fragestellungen machen aus Polizisten Täter statt Opfer – das ist für mich absolut nicht hinnehmbar. Intime, sehr persönliche Fragen zu moralischen Prinzipien und früheren Gewalterfahrungen in der eigenen Familie verletzen die Persönlichkeitsrechte der Polizisten in unerträglicher Weise. Die nun angekündigten Änderungen des Instituts am Fragebogen reichen dabei nicht aus. Die Fragebogenaktion hat keine Akzeptanz mehr bei den Polizeibeamten. Deshalb habe ich entschieden, dass Hamburg an der Fragebogenaktion nicht teilnehmen wird. Sachsen hat sich dieser Position angeschlossen. Hier können wir durch den Ausstieg aus diesem Projekt viel Geld sparen.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2670

pressestelle@bfi-a.hamburg.de
www.hamburg.de/innenbehoerde

04. Dezember 2009/bfi04

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Ein extremistischer Angriff auf unsere Demokratie“

Senator Christoph Ahlhaus verurteilt die gewalttätigen Aktionen gegen Polizeibeamte und Behörden in Hamburg und anderen Orten in Deutschland

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Ich verurteile diese feigen Anschläge auf das Schärfste. Das ist in meinen Augen ein extremistischer Angriff auf unsere Demokratie. Aber ich sage auch ganz deutlich: Von diesen hinterhältigen Taten lassen wir uns in keinsten Weise einschüchtern. Die Polizei wird alles tun, um die Täter zu fassen. Sie müssen mit aller Konsequenz verfolgt und mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Denn wer nicht nur großen Sachschaden anrichtet, sondern auch schwere Verletzungen von Polizisten billigend in Kauf nimmt, begeht kein Kavaliersdelikt, sondern eine schwere Straftat. Dieser ungeheuerliche Vorfall zeigt einmal mehr, dass es dringend geboten ist, unserer Polizei, die täglich den Kopf für die Sicherheit der Bürger hält, den Rücken zu stärken. Deswegen halte ich eine Strafverschärfung für Gewalttaten gegen Vollzugskräfte für unabdingbar.“

Zu den jüngsten Äußerungen aus der SPD-Fraktion: „Leider missbraucht die SPD den Anschlag für durchsichtige politische Zwecke. Das ist ein Armutszeugnis. Ich hätte mir gewünscht, dass Demokraten, die Verantwortung für unsere Stadt haben, zusammenstehen und gemeinsam den brutalen Krawallmachern entschlossen entgentreten, anstatt sich in kleinkarierten politischen Phrasen zu verlieren.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Marco Haase und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2670

pressestelle@bfi-a.hamburg.de
www.hamburg.de/innenbehoerde.

04. Dezember 2009/bfi04a

Innenministerkonferenz: Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Retter soll härter bestraft werden

Initiative von Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus erfolgreich

Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte

Innensenator Christoph Ahlhaus hat zum Abschluss der Innenministerkonferenz in Bremen eine positive Bilanz der Beratungen gezogen. „Ich werte es als großen Erfolg, dass sich Hamburg mit seinem Vorstoß für eine härtere Gangart gegenüber Gewalttätern, die Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte angreifen, durchgesetzt hat.“

Einstimmig beschlossen die Minister und Senatoren, dass die Bundesregierung so schnell wie möglich einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des gesetzlichen Strafrahmens und zum Schutz des betroffenen Personenkreises vorlegen soll. **Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Es wird höchste Zeit für schärfere Strafen bei Gewalt gegen unsere Polizisten und Einsatzkräften. Ich freue mich, dass die Politik meiner Initiative gefolgt ist und wir auf dieser Innenministerkonferenz ein klares Signal der Solidarität an diejenigen aussenden, die täglich ihren Kopf für die Sicherheit in unserem Land hinhalten. In den vergangenen zehn Jahren sind die Attacken gegen Vollstreckungsbeamte in beängstigendem Ausmaß in die Höhe geschneit – hier mussten wir dringend handeln. Auf keinen Fall sollten wir erst auf den Abschluss kriminologischer Studien warten.“ Innensenator Ahlhaus hatte gestern den Ausstieg Hamburgs aus der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) angekündigt.

Sicherheit in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen

Um die **Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr** zu erhöhen, fordern die Innenminister und -senatoren die Ausweitung der Videoüberwachung in Zügen und in Bahnhöfen. **Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Wir haben in Hamburg bereits gute Erfahrungen mit der Videoüberwachung im Öffentlichen Nahverkehr gemacht. Sie leistet nachweislich einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten.“

Kampf gegen Gewalt rund um Sportveranstaltungen

Ein weiterer Schwerpunkt war das **Thema Fußball und Gewalt**. **Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Wir betrachten die zunehmende Brutalität im Umfeld von Fußballspielen mit großer Sorge. Hier müssen wir zusammen mit dem Deutschen Fußball-Bund und der Deutschen Fußball-Liga Lösungen finden.“ Die IMK hat den DFB und die DFL unter anderem gebeten, Konzepte für präventive Maßnahmen zu entwickeln. Innensenator Christoph Ahlhaus kündigte zudem an, das Thema Gewalt im Fußball als Vorsitzender der Innenministerkonferenz 2010 in Hamburg weiter voranzutreiben.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Marco Haase und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2670

pressestelle@bfi-a.hamburg.de
www.hamburg.de/innenbehoerde.

26. November 2009/bsb26b

Deputation beschließt Schulentwicklungsplan

Die Senatorin für Schule und Berufsbildung Christa Goetsch hat heute den Schulentwicklungsplan für die Jahre 2010 bis 2017 vorgestellt, der gestern von der Deputation beschlossen wurde. Der Plan wurde auf Basis der Empfehlungen der 22 Regionalen Schulentwicklungskonferenzen erarbeitet und nach Eingang der Stellungnahmen von Schulkonferenzen, Bezirksversammlungen sowie Kreiselternräten und nach zahlreichen Gesprächen mit Schulen, Eltern und Bezirksvertretern überarbeitet. Gegenüber dem Planentwurf, der am 9. Juli vorgelegt wurde, sind an 19 Stellen Veränderungen vorgenommen worden, die im Anhang im Einzelnen aufgeführt sind.

Primarschulen

Die ganz überwiegende Zahl der bisherigen 210 Grundschulen wird in Zukunft Primarschule oder Teil einer Primarschule sein. Ausnahmen sind Grundschulen an bisherigen Grund-, Haupt- und Realschulen, die zu Stadtteilschulen werden. Es soll insgesamt 164 Primarschulen geben, davon 107 an einem Standort. Bei Schulen mit mehreren Standorten ist in den allermeisten Fällen eine vertikale Teilung vorgesehen, so dass an Standorten alle Klassenstufen unterrichtet werden. Die Schulen können das selbst entscheiden.

In der Regel sind die Primarschulen mindestens dreizügig. In neun Fällen sind wegen der besonderen örtlichen Bedingungen zweizügige Primarschulen geplant, damit nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ die Kinder ihre Schule gut erreichen können. In 12 Fällen nutzen Primarschulen Räume weiterführender Schulen, da sonst Raumkapazitäten in größerem Umfang nicht genutzt würden.

Stadtteilschulen

Insgesamt soll es 51 Stadtteilschulen geben, die aus den bisherigen Gesamtschulen, oder aus Fusionen von GHR-Schulen und Aufbaugymnasien hervorgehen. Jede Stadtteilschule bietet den Anschluss an eine Oberstufe, entweder einer eigenen, einer gemeinsamen mit einer anderen Stadtteilschule oder in einer Kooperation mit einem Gymnasium. Stadtteilschulen, die noch keine eigene Oberstufe haben, können im Sommer 2010 mit dem Aufbau einer solchen beginnen. Die beiden kooperativen Gesamtschulen Heinrich- Hertz-Schule und die Kooperative Schule Tonndorf sind sowohl als Stadtteilschule als auch als Gymnasium vorgesehen.

Gymnasien

Alle 59 bisherigen Gymnasien bleiben, zwei zusätzliche Gymnasien wird es an den Standorten Tonndorf und Heinrich-Hertz-Schule geben. Die bisherigen Aufbaugymnasien werden als Stadtteilschulen weitergeführt. Das Gymnasium Rissen erhält einen Stadtteilschulzweig.

Kooperationen zwischen Primarschulen und weiterführenden Schulen werden für ein vielfältiges und abgestimmtes Bildungsangebot in der Region sorgen und die zur Verfügung stehenden Räume optimal nutzen. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass für keine weiterführende Schule der Besuch einer bestimmten Primarschule zu einer bevorzugten Aufnahme führt.

Das Beratungsverfahren

Unter Mitarbeit insbesondere von Eltern, Lehrkräften, Schulleitungen, Schülerinnen und Schülern, der Kita-Träger und der Bezirke wurden von September 2008 bis Mai 2009 in Regionalen Schulentwicklungskonferenzen Empfehlungen für geeignete Standorte von Primar- und Stadtteilschulen sowie Gymnasien zu entwickeln.

Basierend auf den Empfehlungen der RSK stellte die Behörde für Schule und Berufsbildung am 9. Juli 2009 den „Schulentwicklungsplan für die staatlichen Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien in Hamburg von 2010 bis 2017“ als Entwurf der Öffentlichkeit vor. Bis zum 1. Oktober 2009 gingen 176 Stellungnahmen von Schulkonferenzen, Bezirksversammlungen sowie Kreiselternräten ein. Drei Viertel der im Schulentwicklungsplan-Entwurf gemachten 379 Vorschläge für Schulstandorte waren unstrittig. Ausdrückliche Zustimmung oder Zustimmung mit Einschränkungen wird zu knapp einem Fünftel aller Vorschläge geäußert. Rund 10 Prozent der Stellungnahmen formulieren Ablehnung der behördlichen Vorschläge. Die Ablehnung bezieht sich häufig auf einzelne Aspekte bestimmter Standort-Vorschläge wie etwa die Kritik an der Planung, eine bestimmte Stadtteilschule zunächst nicht mit eigener Oberstufe auszustatten, oder die Ablehnung einer horizontalen Teilung einer zukünftigen Primarschule zu Gunsten einer vertikalen.

Die eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet, dokumentiert und zusammen mit den Ergebnissen der Gesprächsrunden und Veranstaltungen in die vorliegende Planung einbezogen.

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

Änderungen im Schulentwicklungsplan gegenüber der Vorlage vom 9. Juli 2009

RSK 1

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 2

Primarschule Archenholzstraße	Eigenständige vierzügige Primarschule an einem Standort. Keine Zweigstelle am Standort Pergamentweg. Ausbau ist vorgesehen.
----------------------------------	--

RSK 3

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 4

Louise-Schroeder-Primarschule	Ausbau zur Vierzügigkeit
Theodor-Haubach-Primarschule	Eigenständige dreizügige Primarschule. Kooperation mit der Stadtteilschule am Standort Kurt-Tucholsky-Gymnasium. Neuer Standort für eine Stadtteilschule soll in Altona gefunden werden.

RSK 5

Oberstufe Stadtteilschulen	Gemeinsame Oberstufe der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule und der Stadtteilschule Altonaer Volkspark/Luruper Hauptstraße an den Standorten Geschwister-Scholl und Luruper Hauptstraße.
Primarschule Langbargheide	Einrichtung einer einzügigen Zweigstelle am Standort der Stadtteilschule Luruper Hauptstraße.

RSK 6

	Siehe Region 7
--	----------------

RSK 7

Primarschule Windmühlenweg	Für die Schule Windmühlenweg wird der Standort Röbbek bedarfsgerecht saniert und umgebaut.
Stadtteilschule Goosacker	Neben der Stadtteilschule auch Zweigstelle der Primarschule Grotefendweg (Region 6). Stadtteilschule Goosacker in Kooperation mit dem Lise-Meitner-Gymnasium.

RSK 8

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 9

Primarschule	Fusion zu einer Primarschule (ohne Hinter der Lieth)
--------------	--

Molkenbuhrstraße/Wegenkamp	
----------------------------	--

RSK 10

Primarschule Hinter der Lieth	Eigenständige Primarschule (siehe auch RSK 9)
-------------------------------	---

RSK 11

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 12

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 13

Primarschule Alter Teichweg	Eigenständige Primarschule wegen des über die Landesgrenzen hinaus wirkenden besonderen Profils (Eliteschule des Sports)
Primarschule Lämmersieth	Eigenständige Primarschule

RSK 14

Albert-Schweitzer-Schule	Der Zug Bezirksprimarschule verbleibt organisatorisch bei der Albert-Schweitzer-Schule.
HR Langenhorn/Grellkamp	Nutzung von Räumen für Schülerinnen und Schüler der Fritz-Schumacher-Stadtteilschule und/oder der Stadtteilschule Am Heidberg.

RSK 15

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 16

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 17

Primarschule Strenghe	Die Schule wird eigenständig dreizügig an einem Standort geführt und erhält keine Zweigstelle Schluchtweg.
-----------------------	---

RSK 18

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 19

	Keine Änderungen
--	------------------

RSK 20

Adolph-Diesterweg-Primarschule	Die Adolph-Diesterweg-Primarschule wird dreizügig am Standort geführt. Die Schule hat die Möglichkeit Fachräume am Walter-Rothenburg-Weg zu nutzen.
Clara-Grunwald-Primarschule	Die Clara-Grunwald-Primarschule wird fünfzügig unter Nutzung der Räume am Standort Walter-Rothenburg-Weg geführt.

RSK 21

Lessing-Gymnasium	Das Lessing-Gymnasium fusioniert mit den HR-Schulen Hanhoopsfeld und Sinstorf zu einer Stadtteilschule. Klassen der Vorstufe werden zum Schuljahr 2010 am Standort Hanhoopsfeld eingerichtet. Die Stadtteiloberstufe wächst dort auf.
Stadtteilschule Ehestorfer Weg	Gemeinsame Oberstufe mit der Stadtteilschule Hanhoopsfeld/Sinstorf am Standort Hanhoopsfeld.

RSK 22

Primarschule Aueschule/Westerschule	Die Grundschulen Aueschule und Westerschule fusionieren zu einer Primarschule mit horizontaler Teilung.
-------------------------------------	---



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Landesregierung
Schleswig-Holstein



Freiheit
Einheit
Demokratie



Auswärtiges Amt



Freie und Hansestadt Hamburg

HAUSANSCHRIFT Hannoversche Straße 28-30, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

Presse- mitteilung

TEL 030 / 18 57-50 50

FAX 030 / 18 57-55 51

E-MAIL presse@bmbf.bund.de

HOME PAGE www.bmbf.de

30. November 2009
280/2009

Historischer Tag für die Forschungskooperation in Europa

Völkerrechtliches Übereinkommen über Bau und Betrieb des Röntgenlasers European XFEL im Hamburger Rathaus unterzeichnet

Der Aufbau einer Forschungsanlage der Superlative in Hamburg und Schleswig-Holstein ist einen großen Schritt vorangekommen: Im Hamburger Rathaus haben am Montag Wissenschaftsminister und Staatssekretäre aus zehn Ländern in Ost- und Westeuropa das Übereinkommen unterzeichnet, das den Röntgenlaser „European X-Ray Free Electron Laser“ (Europäische Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage) als neues internationales Forschungszentrum in Hamburg etabliert. Staatssekretär Prof. Frieder Meyer-Krahmer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und Staatssekretär Dr. Peter Ammon vom Auswärtigen Amt unterzeichneten den Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust, Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind

Gundelach und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen unterzeichneten gemeinsam mit Staatssekretär Meyer-Krahmer entsprechende nationale Verträge, die die Zusammenarbeit von Bund und beiden Ländern beim European XFEL regeln.

Die Anlage wird ab dem Jahr 2014 Röntgen-Laserblitze von bislang unerreichter Brillanz, Intensität und Zeitauflösung liefern. Das eröffnet völlig neue Einblicke in die Nanowelt – so wird es zum ersten Mal möglich sein, chemische und biologische Reaktionen zu filmen, was zum Beispiel bei der Entwicklung von Medikamenten hilft. An den Kosten für Errichtung und Inbetriebnahme von rund einer Milliarde Euro trägt Deutschland etwas mehr als die Hälfte, wobei Hamburg 65 Millionen Euro und Schleswig-Holstein 25 Millionen Euro beiträgt.

Staatssekretär Meyer-Krahmer würdigte die herausragende Bedeutung des Projekts für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit. „Der European XFEL ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der Grundlagenforschung in Europa. Forschungsgeräte dieser Größenordnung lassen sich ausschließlich in internationaler Kooperation verwirklichen. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs bauen wir den European XFEL gemeinsam mit Partnern aus Ost- und Westeuropa bei uns in Deutschland. Damit schreiben wir Forschungsgeschichte!“ Staatssekretär Ammon sagte dazu: „Der European XFEL hat mit der Beteiligung von zehn Ländern auch eine wichtige außenpolitische Dimension. Mit 250 Millionen Euro ist Russland mit Abstand größter internationaler Partner beim European XFEL und setzt einen weiteren Meilenstein für die deutsch-russische strategische Partnerschaft.“

„Ich freue mich, dass wir heute hier in Hamburg das völkerrechtliche Übereinkommen zum Bau und Betrieb der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage XFEL unterzeichnen konnten“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust: „Der European XFEL ist ein Highlight im wahrsten Sinne des Wortes mit seinen hochintensiven, ultrakurzen Laserblitzen, die völlig neue Experimentiermöglichkeiten versprechen. Die neue Anlage verbindet nicht nur die Wissenschaftsstandorte Hamburg und Schleswig-Holstein miteinander, sondern auch Wissenschaftler aus 14 Nationen. Diese beeindruckende internationale Zusammenarbeit beweist, dass Neugier und Forscherdrang über alle Grenzen hinweg verbinden.“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bezeichnete das Vorhaben als weiteren Meilenstein für den Wissenschaftsstandort Norddeutschland. „Schleswig-Holstein und Hamburg werden sich in Zukunft als Standort für Spitzenforschung noch stärker profilieren“, sagte Carstensen. „Der European XFEL ist ein Beschleuniger in die Zukunft. Ich freue mich sehr, dass der Norden Deutschlands um ein ambitioniertes internationales Großprojekt reicher ist.“

Der Bau des European XFEL wurde vom Wissenschaftsrat empfohlen und in Europas Forschungsfahrplan für Großgeräte, die ESFRI-Roadmap, aufgenommen. Die

Tiefbauarbeiten für den XFEL sind seit Januar in vollem Gang. 14 Partnerstaaten wollen die Röntgenlaseranlage gemeinsam bauen – außer den heutigen Unterzeichnern Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik und Ungarn planen auch China, Frankreich, Großbritannien und Spanien ihre Teilnahme.

30. November 2009/bsg30b

10.000 Euro für vorbildliche Integration

Hamburger Integrationspreis „Geh mit mir auf uns zu!“ vergeben

Aus über 40 Bewerbungen werden in diesem Jahr fünf Preisträger mit dem 4. Hamburger Integrationspreis „Geh mit mir auf uns zu!“ ausgezeichnet. Im Mittelpunkt der Auswahl standen diesmal ehrenamtliche Initiativen. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro, das die Jury aus Mitgliedern des Hamburger Integrationsbeirates vergibt, wurde von SAGA GWG zur Verfügung gestellt.

„Integration hat viele Facetten und bedeutet weit mehr, als die Schule zu besuchen oder einen Beruf auszuüben. Aber echte Eingliederung in unsere Gesellschaft kann nicht der Staat leisten, sondern diese geht nur von Mensch zu Mensch“, so Sozialsenator Dietrich Wersich. „Deshalb brauchen wir gerade ehrenamtliche Initiativen, die sich in besonderer Weise in der Förderung eines friedlichen und gemeinschaftlichen Lebens verschiedener Kulturen engagieren.“

Die ersten Plätze des Preises des Hamburger Integrationsbeirates gehen in diesem Jahr an die Projekte „Music with Friends“ des Vereins zur Förderung der Integration in Wilhelmsburg und an „Generation Zukunft“ der Hauptkirche St Michaelis. Den zweiten Platz erhält das „Löwenhaus“ in Harburg. Den dritten Platz teilen sich die Projekte „academie crearTat“ und die „mitKids“ Aktivpatenschaften der Ehlerding-Stiftung. Mit einem Anerkennungspreis würdigt die Jury zudem das Engagement um den interreligiösen Dialog der Vereine Nord-Dialog e.V. und des Islamischen Wissenschafts- und Bildungsinstituts e.V..

Die Jury unter dem Vorsitz von Sozialstaatsrat Dr. Michael Voges hatte keine leichte Auswahl zu treffen. Viele der über 40 eingegangenen Bewerbungen waren sehr qualifiziert. Daher entschieden die Jurymitglieder Renate Schneider (Hamburger Abendblatt), Ramis Kilicarlan (Zaman), Hourvash Pourkian (Kulturbrücke Hamburg e.V.) und Michael Wulf (SAGA GWG), das Preisgeld aufzuteilen und zwei erste Plätze, einen zweiten und wiederum zwei dritte Plätze zu vergeben. Die ersten Preise sind mit jeweils 3.000 Euro, der 2. Preis mit

2.000 Euro und die dritten Preise mit 1.000 Euro dotiert. Das Preisgeld wird durch die Gewinner in integrationsfördernde Maßnahmen investiert.

Informationen zu den ausgezeichneten Projekten:

1. Platz: Verein zur Förderung der Integration in Wilhelmsburg e.V. mit „Music with friends“

Der Verein bewarb sich erfolgreich mit dem Musikprojekt „Music with friends“, in dem sich Jugendliche und Erwachsene, zum großen Teil mit Migrationshintergrund, seit zehn Jahren ehrenamtlich engagieren. Sie bieten Kindern und Jugendlichen Musikunterricht, entwerfen gemeinsame Songtexte in verschiedenen Sprachen und setzen diese im Tonstudio im Haus der Jugend um. Die Beteiligten erhalten so die Möglichkeit, sich kreativ in Teamarbeit mit den innerhalb ihrer Lebensmilieus dominierenden Themen auseinanderzusetzen. Das Projekt, das mit den Schulen in Veddel und Wilhelmsburg kooperiert, trägt zur Verbesserung der verbalen Fähigkeiten, der Stärkung eigener Identität und des Selbstbewusstseins von Kindern und Jugendlichen bei. Es finanziert sich ausschließlich über Spenden und Preisgewinne.

1. Platz: Hauptkirche St. Michaelis mit „Generation Zukunft“

In dem Paten-Projekt „Generation Zukunft“ finden in der St.-Michaelis-Gemeinde vier jeweils neun Monate andauernde Kurse statt, die sich an Jugendliche der 8. und 9. Klasse mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen aus dem Bezirk Mitte richten. Die Kurse dienen der persönlichen und schulischen Entwicklung sowie der Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche. Neben den Nachhilfestunden stehen den Jugendlichen ehrenamtlich engagierte Paten aus der Wirtschaft zur Seite, die sie besonders hinsichtlich der Berufsorientierung unterstützen. Das Engagement wird von 16 studentischen Hilfskräften und einem Coach, der die Teilnehmer hinsichtlich ihrer Motivation und Selbsteinschätzung anspricht, begleitet. Viele Jugendliche wurden bereits motiviert, die Schule weiterzuführen oder wurden erfolgreich in Ausbildungsplätze vermittelt.

2. Platz: Arbeiter-Samariterbund-Bund mit „Löwenhaus“

Das Projekt „Löwenhaus“ betreut im Harburger Phönix-Viertel - einem Quartier mit hohem Migrationsanteil - täglich bis zu 50 Kinder. Lernunterstützende, kulturelle und gesundheitsfördernde Maßnahmen verbunden mit einem qualitativ hochwertigen Ernährungsangebot stärken die in einem sozialen Brennpunkt lebenden Kinder und Jugendlichen. Ältere Schülerinnen und Schüler erwerben die so genannte Jugendleiterkarte,

ein „Gesundheitszeugnis“ und absolvieren einen Erste-Hilfe-Kurs, um sich dann verpflichtend für zwei Jahre als ehrenamtliche Lernpaten zu engagieren. Das stadtteilorientierte Projekt „Löwenhaus“ bietet allen Beteiligten Gelegenheit zum sozialen Lernen, der Entwicklung von Bindungsfähigkeit, dem Erlernen von Konfliktlösungsstrategien sowie Möglichkeiten persönlich Verantwortung zu übernehmen. Neben praxisorientierten Öffnungszeiten bietet das Projekt auch Wochenend- und Ferienbetreuung an. Im Projekt sind vier Stellen im Freiwilligen Sozialen Jahr mit je 38,5 Wochenstunden und bis zu 30 Stunden ehrenamtliches Engagement wöchentlich eingebunden. Finanziert wird das Projekt über Spenden und Eigenmittel.

3. Platz: crearTAT e.V. mit „academie crearTat – Kunst interkulturell mit jungen Menschen“

Seit 2001 initiiert die Tanz- und Theaterpädagogin Irinell Ruf interkulturelle Gewaltprävention. Sie verbindet diese mit konkreter Unterrichts- und Schulentwicklung über das Anknüpfen an die kognitive Entwicklung von Schulkindern sowie über die Einflussnahme in das Sozialverhalten. Eine große Anzahl an motorischen Übungen verleiht dem Projekt starke therapeutische Züge, die in zwei Projekten umgesetzt werden. Eines wurde bereits bei einer Aufführung in Marokko mit einem Preis ausgezeichnet. Den Schülern sollen durch die Darstellung von Tanz und Theater Wege aufgezeigt werden, wie sie mit ihrer Wut und ihren Aggressionen umgehen können. Zum Abschluss des Projekts werden von den Kindern gemeinsam erarbeitete Theaterstücke vorgeführt, die aus ihrer eigenen Gefühls- und Alltagswelt entstammen.

3. Platz: Ehlerding-Stiftung mit „mitKids Aktivpatenschaften“

Die Ehlerding-Stiftung engagiert sich in den Bereichen Jugend, Umwelt, Wissenschaft und Kultur. Ziel des 2007 gestarteten Projektes *mitKids* ist die Unterstützung von Kindern aus dem Bezirk Harburg, die der besonderen Aufmerksamkeit und Zuwendung bedürfen, durch sogenannte Aktivpatenschaften. Die 55 durch das Projekt betreuten Kinder im Alter von bis zu neun Jahren kommen aus benachteiligten Familien. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Die ehrenamtlichen Paten gehen einen hohen Grad an vereinbarter Selbstverpflichtung ein und leisten einen Beitrag zur Stabilität der Familien. Sie werden durch freiwillige Patenbegleiterinnen möglichst passgenau vermittelt und unterstützt.

Anerkennungspreise:

Nord Dialog e.V. mit „Ramadanzelt“

Mit dem Projekt „Ramadanzelt“ führt der Verein Nord Dialog e.V. seit zwei Jahren Menschen unterschiedlicher Herkunft zum Monat Ramadan abendlich in einem großen Zelt in St. Georg zu einem gemeinsamen Iftar-Essen zusammen. Ausdrücklich werden nichtmuslimische Menschen angesprochen, um ein friedliches Zusammensein anzuregen. In geselliger Atmosphäre gelingt es dort, sich untereinander kennenzulernen und auszutauschen. Seit 2007 hat sich die Zahl der Teilnehmer und interessierter Besucher fast verdoppelt. Im Jahr 2009 wurde das Zelt von rund 1500 Personen besucht.

Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V.

Der Verein Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V. wurde 2002 von Ali Özgür Özdil gegründet und versteht sich als Mittler zwischen den Religionen, als umfassender Ansprechpartner in Fragen zum Islam und als Beratungsinstitution für Erziehungs- und Bildungsfragen für muslimische Eltern und Schüler. Dem Verein steht ein Kuratorium namhafter Akteure zur Seite. Im Projekt „Moscheeführungen“ werden seit 1999 in Schulungen Interessierte zu Moscheeführern ausgebildet, um z.B. Schulklassen an den muslimischen Glauben heranzuführen und das Innere von Moscheen zeigen und erklären zu können. Weitere Angebote dienen der Förderung von Begegnung und gegenseitiger Hilfestellung verschiedener Kulturen im interreligiösen Dialog.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-3515, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

1. Dezember 2009/bsg01

Klausurbeschlüsse: Mehr Geld für Kitas

Am vergangenen Freitag hat der Hamburger Senat unter anderem über Beschlüsse zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Sozialhaushalt informiert. Um Missverständnissen durch Fehlinterpretationen Dritter vorzubeugen, stellt die Sozialbehörde in Bezug auf die Kindertagesbetreuung folgendes klar:

Senator Dietrich Wersich: „Die Haushaltsansätze für Kindertagesbetreuung werden nicht gekürzt. Im Gegenteil: Die Beschlüsse u.a. zur Anpassung der Elternbeiträge und des Essensgeldes dienen allein dem weiteren Ausbau des vorhandenen Kita-Angebotes und der Beibehaltung von Standards und Qualität in den Betreuungsangeboten. Jeder Cent, der durch diese Maßnahmen zusätzlich eingenommen oder eingespart werden kann, verbleibt im Kita-Bereich!“

Zudem ändert sich durch die Verschiebung der Ausweitung des allgemeinen Rechtsanspruches auf Zweijährige nichts an den aktuell bestehenden Rechtsansprüchen zur Berufstätigkeit bzw. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei unter Dreijährigen. Diese gehen weit über bundesweite Regelungen hinaus, so haben nach wie vor Zweijährige, aber auch noch jüngere Kinder berufstätiger Eltern, in Hamburg einen Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung von bis zu 12 Stunden am Tag.

Einen Überblick über die Beschlüsse gibt die Pressemitteilung vom 27. November unter www.hamburg.de/pressemitteilungen.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

2. Dezember 2009/bsg02

Gut informiert gesünder leben

Hamburger Gesundheitswegweiser mit regionalen Tipps und Angeboten ist online

„Mit der richtigen Information kann das Leben auf vielfache Weise gesünder werden“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. Der „Hamburger Gesundheitswegweiser“ der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) liefert diese Informationen ab sofort in einem leicht bedienbaren Internetangebot. Unter www.hamburg.de/gesundheitswegweiser gibt es übersichtlich sortierte Hinweise auf regionale Angebote, die zu einem gesunden Lebensstil wie auch zur Erhaltung, Stärkung oder Wiedererlangung der persönlichen Gesundheit beitragen.

Welche Informationen gibt es zu gesundheitlichen Fragen in meiner Lebenslage? Welche Hilfsangebote gibt es überhaupt und wo finde ich diese in Hamburg? Was kann ich selbst für meine Gesundheit tun? Mit wenigen Klicks informiert der Hamburger Gesundheitswegweiser zielgenau zu diesen Fragen und weiteren Themen rund um Bewegung, gesunde Ernährung, Vorsorgeuntersuchungen, Leben mit einer Erkrankung oder Gesundheit im Alter. Die Recherche nach Zielgruppen (z.B. Kinder, Migrantinnen oder Migranten, etc.) ist dank der Online-Datenbank dabei ebenso möglich wie nach Lebenswelten (z.B. Schule, Freizeit) oder Wohnortnähe. Der Schwerpunkt liegt auf regionalen Angeboten. Überregionale Informationen kommen hinzu um Themen abzurunden oder möglichst umfassend darzustellen.

Von Familienhebammen über Vorsorgeuntersuchungen bis hin zu Veranstaltungen der Behörden und Bezirke zu Gesundheitsfragen - der Gesundheitswegweiser bietet persönlich Interessierten wie auch Fachkräften in Beratungseinrichtungen online den Überblick. Die Datenbank wird durch die Gesundheitsbehörde stetig aktualisiert.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

4. Dezember 2009/bsg04

Aufruf weiterer Personengruppen zur Impfung gegen die Neue Grippe

Adressen und Öffnungszeiten unter www.hamburg.de/neue-grippe

Die Hamburger Gesundheitsbehörde erweitert ihren Aufruf zur Impfung gegen die Neue Influenza A(H1N1). Nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut (STIKO) werden ab sofort insbesondere gesunde Kinder und junge Erwachsene im Alter von sechs Monaten bis zu 24 Jahren aufgerufen, sich impfen zu lassen. Grundsätzlich gilt der Appell zur Impfung aber ab sofort für die gesamte Bevölkerung. Nach dem Impfaufruf für Menschen mit chronischen Erkrankungen bzw. für das Schlüsselpersonal wurden bereits rund 90.000 Menschen in Hamburg geimpft.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Neuen Grippe ist im Gegensatz zur jährlichen saisonalen Grippe insbesondere die Altersgruppe bis 24 Jahre überproportional oft von Erkrankungen betroffen. Entsprechend wurden auch gesunde Kinder und junge Erwachsene ab sechs Monaten bis zu 24 Jahren als besonders gefährdete Gruppe identifiziert. Um diesen Personenkreis und auch diejenigen, die ihn berufsbedingt in Schulen und Kindertagesstätten betreuen, vor der Neuen Influenza A(H1N1) zu schützen, sind speziell auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher aufgerufen sich impfen zu lassen.

Zur Impfung stehen in Hamburg aktuell insgesamt 28 Arztpraxen und sieben spezielle Kinderarztpraxen sowie Einrichtungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Verfügung. Der Impfstoff ist in ausreichender Menge vorhanden und in den Impfstellen verfügbar. Die Impfung ist weiterhin kostenfrei, eine Praxisgebühr oder andere Kosten fallen nicht an.

Kinder ab einem Alter von sechs Monaten bis zu einem Alter von 15 Jahren werden vorrangig in den Kinderarztpraxen geimpft. Ab einem Alter von sechs Jahren ist die Impfung aber auch in den bezirklichen Fachämtern für Gesundheit möglich. Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene können sich an die Arztpraxen im niedergelassenen Bereich sowie an den Öffentlichen Gesundheitsdienst wenden. Gleiches gilt für Lehrerinnen und Lehrer

sowie Erzieherinnen und Erzieher und alle weiteren Personen, die ab sofort ebenfalls zur Impfung aufgerufen sind.

Nach den Empfehlungen der STIKO wird bei Kindern von sechs Monaten bis neun Jahren eine einmalige Impfung mit der halben Erwachsenenendosis angeraten. Bei allen Personen ab zehn Jahren genügt nach den aktuellen Studien eine einmalige Impfung.

Die Adressen und Öffnungszeiten der Impfstellen stehen wie alle weiteren Informationen zur Impfung online unter www.hamburg.de/neue-grippe zur Verfügung oder sind beim Infotelefon der Gesundheitsbehörde unter 428 37 - 37 95 zu erfahren.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

01. Dezember 2009/bsu01

Bau des Hamburger Bestattungsforums beginnt

Historische Substanz erhalten – den Abschied würdig gestalten

Auf dem Ohlsdorfer Friedhof entsteht ab Ende 2009 das Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf mit modernen Feerräumen, Gastronomie, Grabangeboten und einer Feuerbestattungsanlage. Dazu wird das imposante Krematorium des Hamburger Architekten Fritz Schumacher denkmalgerecht saniert und wieder in Betrieb genommen. Das Krematorium ist das letzte Bauwerk, das Fritz Schumacher entworfen hat. Das Gebäude ist derzeit baulich in einem schlechten Zustand und ist seit zehn Jahren nicht mehr als Krematorium in Betrieb. Mitte 2011 soll das Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf fertig sein.

Die insgesamt 23 Millionen Euro teure Sanierung wird mit bis zu 10 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpaketes II des Bundes finanziert. Neu errichtet werden zwei Gebäude, die mit dem Schumacher-Bau harmonieren. Bauherr ist die Hamburger Friedhöfe -AöR-, Bauträger die BAM Deutschland GmbH. Für die neuen Gebäude stehen zusätzlich 13 Millionen Euro zur Verfügung, die von den Hamburger Friedhöfen finanziert werden.

Staatsrat Dr. Winters: „Hamburg erhält mit der Sanierung ein deutlich verbessertes Angebot für den Abschied von Verstorbenen und die Hamburger Friedhöfe stellen sich den Anforderungen einer modernen Trauerkultur. Zugleich wird ein herausragendes Beispiel Hamburger Baukultur wiederhergestellt und seiner ursprünglichen Funktion zugeführt.“

Immer mehr Menschen wünschen sich eine individuelle Gestaltung ihres letzten Abschieds. Diesen veränderten Bedürfnissen wird im Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf Raum gegeben:

- Flexiblere Abschiedsräume für unterschiedliche Trauergesellschaften, spezielle Räume für Familien, für Abschiede am Sarg und ein erweitertes Angebot zur Begleitung des Verstorbenen auf seinem letzten Weg erlauben mehr Möglichkeiten individueller und konfessionsunabhängiger Trauer.

- Im Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf kann erstmals in Norddeutschland die Trauerfeier, Einäscherung und Beisetzung an einem Tag stattfinden. Bisher wurde der Abschied durch die Einäscherung unterbrochen.
- Zusätzlich werden eine Urnenkrypta und ein Kolumbarium angeboten, in dem oberirdische Urnenbeisetzungen möglich sind.
- Informationseinrichtungen zu Friedhofs- und Bestattungsthemen sowie ein gastronomisches Angebot stehen dort allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Der weltgrößte Parkfriedhof Ohlsdorf mit seinen Sehenswürdigkeiten wird durch das Bestattungsforum weiter aufgewertet.

Interviews mit der Projektleitung der Hamburger Friedhöfe -AÖR- vermitteln Lutz Rehkopf, Tel 040 / 593 88 - 831 und Dr. Hedda Scherres, Tel. - 830.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

2. Dezember 2009/bksm02

Geschäftsführer der Kreativagentur benannt

Egbert Rühl kommt zum 1. März 2010

Der Kulturmanager Egbert Rühl wird erster Geschäftsführer der Hamburg Kreativ GmbH. Der bisherige Chef der Mannheimer „Alten Feuerwache“ wird sein Amt zum 1. März 2010 antreten. Schon in den kommenden drei Monaten wird sich Egbert Rühl um Räumlichkeiten, Mitarbeiter und Budgetplanung der Hamburg Kreativ GmbH kümmern sowie erste Handlungsschritte definieren, Ansätze für passgenaue Förderinstrumente für die einzelnen Branchenteile entwickeln, die Gründung des Kreativimmobilienpools voranbringen und Vorarbeiten für einen Hamburger Kreativwirtschaftsbericht leisten.

Mit Ernennung des Geschäftsführers der Hamburg Kreativ GmbH wird die vom Senat am 30. Juni 2009 beschlossene „Kreativagentur“ ihre Arbeit aufnehmen. Vordringliche Aufgabe der Hamburg Kreativ GmbH wird der Aufbau einer systematischen Vermittlung von Immobilien für die Kreativbranche sein. Ziel der Agentur ist es, den Kreativstandort Hamburg weiter zu stärken und das Potenzial der Kreativbranche in Zukunft besser auszuschöpfen. Speziell auf die Besonderheiten der Kreativbranche zugeschnitten, wird die Hamburg Kreativ GmbH eine Strategie und entsprechende Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Erwerbschancen ihrer Akteure entwickeln. Die Wachstumsbranche Kreativwirtschaft, die in Hamburg 4,6 Prozent vom Umsatz der Gesamtwirtschaft erbringt, rund 64.000 Menschen beschäftigt und 16 Prozent der Hamburger Unternehmen stellt, umfasst die Teilmärkte Musik-, Film- und Rundfunkwirtschaft, Buch- und Kunstmarkt, Darstellende Kunst, Design, Architektur, Presse, Werbung und Software/Games.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

Anhang: Tabellarischer Lebenslauf von Egbert Rühl

EGBERT RÜHL

Lebenslauf

Geboren 1958 in Frankfurt am Main

Studium der Geschichte und Soziologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt

Freie Mitarbeit beim Hessischem Rundfunk, den Städtischen Bühnen Frankfurt und Manager des Frankfurter Kurorchesters

Gründung eines Büros für Kulturmanagement, Organisation von internationalen Tourneen, PR-Kampagnen, Festivals und Betreuung von Künstlern

Geschäftsführer der Kultur-Labor gGmbH in Brandenburg/Havel

Zunächst Leiter, dann Alleingeschäftsführer der Alten Feuerwache Mannheim gGmbH

30. November 2009/bksm30

Finale der UEFA Europa League 2010 in Hamburg

Event Design & Ticket Launch

Am 12. Mai 2010 findet das Finale der UEFA Europa League zum ersten Mal in Hamburg statt. Doch nicht nur für die Hansestadt ist es eine Premiere. Sondern auch für die UEFA: Der einstige „UEFA Pokal“ heißt jetzt „UEFA Europa League“. Neu ist der Austragungsmodus mit Qualifikationsrunden, einer Gruppenphase mit Hin- und Rückspielen sowie anschließenden K.O.-Spielen vom Achtelfinale bis zum Finale. Um die Veränderungen auch nach außen sichtbar zu machen, bekommt die Veranstaltung außerdem ein neues Logo.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung am 30. November in Hamburg werden das Event Design und die Regularien zum Ticketing vorgestellt. Als Event Ambassador wird HSV-Legende und Ehrenspielführer der Deutschen Nationalmannschaft Uwe Seeler den Weg zum Finale der UEFA Europa League 2010 präsentieren und begleiten.

Neben der UEFA ist das lokale Organisationskomitee für die Umsetzung und Durchführung des Finales zuständig. Hierzu gehören der Deutsche Fußballbund, das Sportamt der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Hamburger SV als Inhaber und Betreiber der Arena im Volkspark.

Auf dem Weg zum Finale 2010 wird es mehrere Veranstaltungen der UEFA in Hamburg und der Metropolregion geben. Dazu gehört zunächst das Cup Handover - die Übergabe des Pokals - von UEFA Präsident Michel Platini an den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt, Ole von Beust, am 13. April 2010. Vom 14. April bis 11. Mai 2010 findet eine Trophy Tour statt: Der Pokal wird an verschiedenen Orten der Hansestadt und im Hamburger Umland der Öffentlichkeit präsentiert. Im Frühjahr 2010 startet auch das große Youth Tournament: Jugendliche aus ganz Hamburg bestreiten vor dem „großen Finale“ ihr ganz eigenes Fußballturnier.

Beim Presseauftakt von Hamburgs Weg zum Finale sagte Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin v. Welck: „Wir in Hamburg sind natürlich sehr stolz auf diese doppelte Premiere: Das erste Finale der Europa League überhaupt und das erste internationale

Fußball-Finale in Hamburg – da ist schon jetzt die Vorfreude riesengroß! Hamburg ist eine Fußball-begeisterte, eine Fußball-verrückte Stadt: mit dem HSV, mit dem FC St. Pauli, mit rund 150.000 Fußballaktiven in mehr als 3.000 Mannschaften und beinahe 450 Vereinen. Die ganze Stadt fiebert dem UEFA Europa League Finale im nächsten Mai entgegen. Dass wir den Zuschlag für diese so bedeutende Begegnung bekommen haben, ist natürlich auch eine schöne Anerkennung für all das, was die lange Fußball-Tradition hier in Hamburg schon bewegt hat. So ein Erfolg kommt nicht über Nacht. Aber ich muss zugeben: Mein Traum wäre natürlich den HSV im eigenen Stadion im UEFA Europa League Finale siegen zu sehen. Und da bin ich sicher nicht die Einzige!“

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 7. Dezember bis 13. Dezember 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 07.12.2009

- 10:00** Justizbehörde, Büro des Senators, Drehbahn 37
Senator Dr. Till Steffen empfängt den **Türkischen Generalkonsul Devrim Öztürk und Konsulin Canan Ümal zum Antrittsbesuch.**
- 15:00** Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert ehrt verdiente **Blut- und Knochenmarkspender auf dem traditionellen Senatsempfang.**
- 19:00** Hotel Atlantic Kempinski
Senatorin Dr. Herlind Gundelach und Senator Dr. Till Steffen nehmen an **der Veranstaltung „Movie meets Media 10 Jahre Kommunikation, Glamour & Networking“** teil.
- 19:30** Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung der Förderpreise für Literatur und literarische Übersetzungen 2009.**

Dienstag, den 08.12.2009

- 14:00** Wandelhalle
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an der **Aktion des Verkaufs der Leuchtfener-Teddys 2009** teil.
- 14:30** Rathaus, Raum I
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann leitet als **Vorsitzender die 8. Sitzung des Stiftungsrats der Hamburger Stiftung Asien-Brücke.** Die Stiftung fördert Projekte der nachhaltigen Entwicklung in Ländern Asiens mit einem Bezug zu Hamburg.
- 15:15** Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3, Berlin
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich an einer **Podiumsdiskussion zum Thema: „Zukunft der Pflege im Krankenhaus“**, einer gemeinsamen Veranstaltung von ver.di und vdek.
- 18:00** Humboldt-Campus, Humboldtstraße 58
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt aus Anlass der **Verabschiedung des Geschäftsführers der Arbeitslosen Telefonhilfe, Rolf Döring, am traditionellen vorweihnachtlichen Grünkohlessen** teil.
- 19:30** Laeiszhalle, Kleiner Saal
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Klavierkonzert der Pianistin Alba Ventura aus der Reihe „Rising Stars“ mit Werken von Beethoven, Rachmaninow und de Falla.**

- 20:00** Warner Music Lounge Alter Wandrahm 14
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil an der **Veranstaltung des 6.Hamburger Separee.**
- 20:00** „Zentrale“ im Thalia Theater
Senatorin Anja Hajduk spricht beim **Architektur Club des Bundes Deutscher Architekten.**
- 20:00** Berufliche Schule Recycling- und Umwelttechnik, Sorbenstraße 15
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **offiziellen Verabschiedung des Elternkammer-Vorstands Hamburg.**

Mittwoch, den 09.12.2009

- 10:00** Rathaus, Bürgersaal
Senator Christoph Ahlhaus übergibt den **Weihnachtsbrief von Senat und Bürgerschaft als Vertreter der Stadt Hamburg an die Fregatte Hamburg.**
- 11:00** Asklepios Klinik Heidberg, Tangstedter Landstraße 400, 22417 Langenhorn
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort zum „Spatenstich“ für das neue Kopfzentrum des AK Heidberg.**
- 12:30** Berlin, Botschaft des Staates Katar, Hagenstr. 56
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des Botschafters des Staates Katar, S.E. Abdulrahman Mohamed Al-Khulaifi, teil am Empfang anlässlich des Beginns seiner Amtszeit in Deutschland.**
- 14:00** Berlin, Botschaft der Republik Singapur, Friedrichstr. 200
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Singapur, Jacky FOO**, zum Gespräch.
- 15:00** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12
Staatsrätin Carola v. Paczensky spricht ein **Grußwort im Rahmen des vorweihnachtlichen Treffens des Seniorenbeirats des Hamburger Strafvollzugs.**

Donnerstag, den 10.12.2009

- 09:30** Agentur für Arbeit Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
Senator Dietrich Wersich **eröffnet gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Hamburg, Rolf Steil, die Börse: „Arbeitsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft“.**
- 11:00** Deutsches Klima- und Rechenzentrum (DKRZ), Bundesstraße 45a in Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **Einweihung des neuen DKRZ-Gebäudes und dem neuen Höchstleistungsrechner.**
- 12:00** Bundesstraße 45 a
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich **der Einweihung des Deutschen Klimarechenzentrums.**

14:00 Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senator Dietrich Wersich **eröffnet die Fachveranstaltung: „Sicher leben im Alter“ mit einem Grußwort.**

16:45 Handelskammer Hamburg ; Adolphsplatz 1 ; Elbe-Zimmer
Staatsrat Carsten Frigge hält einen **Vortrag zum Thema „Wirtschaftspolitik für die norddeutsche Region“** anlässlich der **18. NDR-Wirtschaftstage.**

20:00 Anglo-German Club e.V., Harvestehuder Weg 44, 20149 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Klausurtagung der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates in Hamburg.**

20:30 Hotel Park Hyatt Hamburg, Bugenhagenstr. 8
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt an der **„Media Night at the Park“ von Bauer Media Group, Warner Music Central Europe und Park Hyatt Hamburg** teil.

Freitag, den 11.12.2009

10:00 Justizbehörde, Büro des Senators
Senator Dr. Till Steffen empfängt **Justizminister Emil Schmalfuß aus Schleswig Holstein zum Antrittsbesuch.**

11:30 Repräsentanz der Deutschen Bank, Adolphsplatz 7
Senator Dietrich Wersich nimmt die **Siegerehrung der Hamburger Preisträger des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“** vor.

15:00 Südring 38b
Staatsrat Dr. Michael Voges hält die **Abschlussansprache der Fachveranstaltung zur Evaluation der „Professionellen Sprachförderung“** die von der Universität Hamburg in Kooperation mit der „Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten“ durchgeführt wird.

15:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den neuen **Generalkonsul der Republik Peru, Luis Santiago Espinosa, zum Antrittsbesuch.**

18:30 Color Line Arena, Sylvesterallee 10
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht das **Eishockeyspiel Hamburg-Freezers gegen Hannover-Scorpions.**

19:00 Fairmont Hotel Vier Jahreszeiten
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Feierlichkeit der Langen Nacht der Handelskammer.**

Samstag, den 12.12.2009

18:00 Schule Lutterothstrasse 34-36
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein **Grußwort beim Spanischen Jugend- und Kulturfest der Schule Lutterothstrasse.**

19:30 Rudolf-Steiner-Haus,(Großer Saal), Mittelweg
Senator Dr. Till Steffen diskutiert bei der **Gesprächs- und**

Musikveranstaltung „Für Menschenrechte und Demokratie im Iran“, die von amnesty international, der Iran Solidarität Hamburg und anderen veranstaltet wird, mit dem Publizisten Dr. Bahman Nirumand u.a.

Sonntag, den 13.12.2009

20:00

Laeiszhalle, Großer Saal

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Weihnachtskonzert des Monteverdi-Chors Hamburg unter der Leitung von Gothart Stier.**